

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 133, Samstag, 20. Mai 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: **1 Euro für den Verteiler** & 1,50 Euro mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an Sodenkamp & Lenz · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Rudolph Bauer mit Prof. Giorgio Agamben

NO. 1 in der Aufklärung des Corona-Regimes, *made in Germany* | Bald am **KIOSK** und jetzt im **ABO** (Seite 16)

EGAL, WAS WÄHLER SAGEN

Enthemmt und völlig losgelöst:
Außenministerin Annalena Bärbock,
Ukraine-Chef Wolodimir Selenski und
Wirtschaftsguru Robert Habeck (v. l. n. r.)
haben mit der Welt noch Großes vor.
Titelgestaltung: DW/Ute Feuerstacke
und Hendrik Sodenkamp



Der eine verschafft guten Freunden Pöstchen, die andere gondelt durch die Welt und spricht ganz nebenbei Kriegserklärungen aus, während wiederum der andere seine Wähler und Nichtwähler in den Abnutzungskrieg schickt.

Der Westen hat nach Jahrzehnten des Niedergangs jedwede Glaubwürdigkeit eingebüßt. Sie hängen sich zwar gegenseitig Preise um den Hals (Seite 4) und loben sich in höchsten Tönen, aber ihre Geschichte von *Freedom and democracy* glaubt hierzulande kaum einer mehr. Spätestes seit dem Abschied von Recht und Verfassung unter Corona. »Uns allen wird es besser gehen«, lange Zeit das

Motto dieses Landstrichs, wurde aufgegeben für »Hauptsache die Herrschaft hält«.

Niemand hier hat darüber abgestimmt, ob wir den Rechtsstaat aufgeben wollen, immer neue Panzer gegen Russland schicken, am Atomknopf spielen oder demokratisch legitimierte Befugnisse an eine internationale Konzernorganisation abtreten wollen (Seite 3)

– so schön ihr Name auch klingen mag. Der einstmals strahlende Westen kann sich und sein zerbröckelndes Wirtschaftssystem (Seite 10) nur noch mit Kriegen, Panik und Luftnummern zusammenhalten. Dagegen und für eine demokratische, freie und fairere Zukunft stehen immer mehr Menschen auf (Seite 6). Dies ist ihre Zeitung.

3 WHO AM DRÜCKER
Der Bundestag
entmachtet
sich

8 KLATSCHEN REICHTE NICHT
Polizisten zerren
Krankenschwester
vor Gericht

12 LÜGEN, LÜGEN, LÜGEN!
Exklusiver Vorabdruck
aus dem Buch
von Flo Osrainik

14 DAS EMPIRE KOMMT
BBC-Propaganda will
auf dem Kontinent
Fuß fassen

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT #DW133

- Egal, was Wähler sagen, Seite 1
- Preis der Republik für die Demokraten der Bewegung Zwickau, Seite 2
- Dr. Köhne: Kultur und Zivilisation, Seite 2
- Korrupte WHO erhält mehr Macht, Seite 3
- Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick, Seite 4
- Reichspreis für Führer und Volk, Seite 4
- Prof. Dr. Schwab: Mieses Framing, Seite 5
- Demonstrationskalender, Montagsspaziergänge, Medienwachen, Seite 6
- Polizisten für Aufklärung: König der Kinder, Seite 6
- Impressionen von der Demo in Hannover, Seite 7
- Christen im Widerstand: Spaltung und Einheit, Seite 7
- DW-Verteiler werden, Seite 7
- Interview mit Krankenschwester Sabrina Kollmorgen, Seite 8
- Bestandsaufnahme, Leserbriefe, Online-Hinweise, Seite 8
- 50 Billionen Dollar für die Klima-Phantasie, Seite 9
- Motor Mittelstand: Die Massen schauen zu, Seite 10
- Ernst Wolff über das geplante Ende der neoliberalen Epoche, Seite 10
- Protest in Pakistan, Seite 11
- USA mal wieder pleite, Seite 11
- Flo Osrainik: Exklusiver Vorabdruck aus seinem neuen Buch, Seiten 12, 13
- Das Letzte – von Anselm Lenz, Seite 13
- Interview mit Bestsellerautor Flo Osrainik, Seite 14
- Veranstaltungskalender, Seite 14
- Guten Tag, hier spricht das Empire, Seiten 14, 15
- Prof. Michael Meyen: Besitz nur für die Guten, Seite 15
- DW-Buchempfehlungen, Sport mit Berthold, Seite 15
- Grundgesetz und DW-Coupon, Seite 16

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 133. Ausgabe ab Samstag, 20. Mai 2023. | Redaktionsschluss war am 18. Mai. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden:** Felix Feistel (LtG.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef:** Thomas Berthold. **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort:** Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Dirk Sattelmanier, Doro Neidel, Torsten Wetzels, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab, Prof. Michael Meyen. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen:** De Andere Krant, Amsterdam. **UFP** United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner:** Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Rudolph Bauer, Prof. Giorgio Agamben. Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'Diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwährend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1.** Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2.** Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3.** Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4.** Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5.** Verfassungsenerneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an Sodenkamp & Lenz, IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Wir

Ja!

Republik,
Gewaltenteilung,
Demokratie



Absage an
diese Herren

Der Preis der Republik geht an die Demokraten der Bewegung Zwickau
LAUDATIO von Batseba N'Diaye

Seit dem 28. März 2020 sind wir Zeuge und Teil der größten Demokratiebewegung der deutschen Geschichte. Wie diese Zeitung nicht müde wird zu zeigen: Jeden Tag gehen in ganz Deutschland Hunderte und Tausende auf die Straße; für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung.

Das heißt konkret: Die Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes sowie die Einführung von Volksabstimmungen über alle grundlegenden Fragen.

Dabei sind die Demonstrationen mal größer, mal kleiner, und dann auch wieder riesengroß. Wie bei den Augustdemonstrationen 2020, den Demonstrationen gegen die Änderungen des Infektionsschutzgesetzes oder bei den Montagsspaziergängen. Aber immer wieder geht es auf die Straße. So auch die Bewegung Zwickau.

Allen Unkenrufen zum Trotz stehen die Demokratinnen und Demokraten jeden

Montag ab 18 Uhr auf dem Zwickauer Hauptmarkt: Für Frieden, ein demokratisches Miteinander und die Aufarbeitung der Corona-Verbrechen. Als der sächsische Landesherr Michael Kretschmer unter Buhrufen ihre Stadt besuchte, stellten sie ihn zur Rede: Die Corona-Verbrechen? – Schwamm drüber, so Kretschmer, ich mache Euch ein Angebot, wenn ihr vergesst, was wir taten. Die sächsischen Demokraten nahmen dieses »Angebot« nicht an. Sie ließen sich nicht mit »Runden Tischen« und »Gesprächen« mit der Macht abspeisen. Stattdessen ging es aus der offiziellen Veranstaltung direkt wieder auf die Straße mit der Forderung einer juristischen Aufarbeitung.

Diese Standfestigkeit und Ausdauer legt die Demokratiebewegung vielerorts an den Tag. Aber eben auch und in besonderen Maße in der sächsischen Stadt Zwickau. So kann es gelingen.

Dafür gebührt den Demokratinnen und Demokraten Dank, Respekt und der Preis der Republik.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN DIE BEWEGUNG ZWICKAU. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN. Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebens, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebe, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hitz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmanier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelman, Monica Smii, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöpfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Ralf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

••••• DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE •••••

Kultur und Zivilisation

EINWURF von Werner Köhne

»Wenn ich das Wort Kultur höre, entsichere ich meinen Revolver«, so markierte einst Joseph Goebbels sein faschistisches Terrain: Weg mit der »artfremden« *Soft-Kultur*, hieß das für Goebbels, und Start frei für eine Zivilisation, die alles Schwache ausmerzte und sich gleichwohl kultur-mythologisch absicherte.

Wer sich ein wenig in der deutschen Geschichte auskennt, weiß, wie viel Sprengstoff die Begriffe Zivilisation und Kultur immer schon enthielten. Sie galten seit jeher als streng voneinander abgegrenzte Bereiche. Wer im Land der Dichter und Denker für Kultur eintrat, misstraute der Zivilisation. Das führte zu jenem Gralshütertum, für das sich einst auch Thomas Mann nicht zu schade war, als er in seinen *Betrachtungen eines Unpolitischen* die Zivilisationsliteraten attackierte, in Sonderheit seinen Bruder Heinrich, der sich zu Beginn des ersten Weltkrieges für Frieden und die internationale Solidarität eingesetzt hatte.

Was der Fall zeigt: Auseinandersetzungen um Kultur und Zivilisation werden hierzulande mit einer Heftigkeit geführt, die auf familiäre Verwerfungen schließen lässt. Im Kontrahenten wird kein Fremder, vielmehr der verfeindete Bruder ausgemacht – psychologisch weitergedacht der abgespaltene Teil des eigenen Ich. Plädoyers für kulturelle Ursprünglichkeit geraten da schnell zu rüpelhaften Herzensangelegenheiten – aber auch die blinde Parteinahme für die Segnungen der Wissenschaften fallen zu extrem aus, um eine innere Dynamik der Gefühle verbergen zu können. Es geht in diesen Kämpfen sehr schnell um alles; um jene Wahrheit, die man dem intellektuellen Gegenspieler abspricht.

Soviel zur traditionellen Diskussion. Heute findet die Auseinandersetzung in einem Milieu statt, in dem sich die Restposten bürgerlicher Kultur in den Coronajahren selbst zu Grabe getragen haben – und die Segnungen des wissenschaftlichen Fortschritts in der technokratischen Anwendung übelst pervertiert wurden. Ende der Debatte!

Ein Goebbels müsste heute nicht mehr seinen Revolver entsichern – die Kultur hat sich selbst erledigt mit ihrem jahrelangen jämmerlichen Verstummen; und die Zivilisation scheint dort angekommen zu sein, wo sie sich gemäß der »Dialektik der Aufklärung« in ihr Gegenteil verkehrt – in nackte Gewalt.



DW: PHILOSOPHISCHE PRAXIS
Wo kommt das her? Wo gehen die hin? Ist das noch Mensch? Darf ich noch hoffen? – Sprechstunde mit DW-Hausphilosoph Dr. Werner Köhne zu den großen Fragen des Alltags im Corona-Regime. Immer erreichbar montags 15 bis 21 Uhr unter
+49 (0)162 / 63 60 112

BUNDESTAG ENTMACHTET SICH

Korrumpierte Weltgesundheitsorganisation erhält mehr Macht | Von Hendrik Sodenkamp

Der Deutsche Bundestag entschied am Freitag, den 12. Mai 2023, mit den Stimmen der ganz großen Koalition von Abgeordneten der Ampelparteien sowie CDU/CSU und FDP, dass die Machtbefugnisse der Weltgesundheitsorganisation (WHO) über Deutschland und die Welt ausgebaut werden müssen.

Wie DW berichtete, gab es aus Reihen der Demokratiebewegung aufsehenerregende Aufrufe gegen die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) und die der WHO-Verfassung. So wurde beispielsweise ein offener Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) überreicht, der 350.000 Unterschriften von Bürgern zusammengebracht hatte.

In der Parlamentsdebatte wurden der Brief und die Argumente gegen eine Stärkung der von Konzernen und Privatleuten dominierten WHO als »Verschwörungstheorie« abgetan. Dabei wurde zum einen betont, dass die WHO mehr Geld von Staaten bekommen soll, um nicht von westlichen Oligarchen abhängig zu sein, andererseits aber wurde bestritten, dass sie von westlichen Oligarchen abhängig ist.

Die WHO soll laut den vorliegenden Plänen nun also dazu ermächtigt werden, selbstständig Pandemien auszurufen und Maßnahmen gegen die vermeintlich vorliegende Seuche einzuleiten. Diese sollen auch gegen Widerstände in den Mitgliedsstaaten durchgesetzt werden können. Die WHO soll laut dem Beschluss des Bundestages zum zentralen Akteur in der ganzen Welt gegen Pandemien werden.

Der umstrittene Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) ist nun mit einem Mandat beauftragt, bei den Verhandlungen zu den IHR in Genf weitreichende Befugnisse an die WHO abzutreten. Je mehr, desto besser, so der Tenor der ganz großen Koalition.



Demonstranten in Frankfurt am Main am 13. Mai 2023: Sie wissen, wohin die Machtbefugnisse der WHO führen. Foto: Videostill/Demobilder/Telegram

ZAHLE DER IMPFOPFER STEIGT

Unterdessen steigt die Anzahl der gemeldeten Impfnebenwirkungen unaufhaltsam an. Laut Daten der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) vom 15. Mai 2023 sind in der EU bislang 2.216.872 Fälle von Nebenwirkungen gemeldet worden, darunter 28.003 Todesfälle und 639.149 schwere Nebenwirkungen. Bei Kindern wurden 270 Todesfälle gemeldet sowie 15.170 schwerwiegende Nebenwirkungen wie Lähmungen, Koma oder Thrombosen. Laut Wissenschaftlern ist die Dunkelziffer um das 5- bis 20-fache höher.

Die Pharmafirmen wollen dennoch auf die lukrative mRNA-Impfung setzen. Laut Meldung des österreichischen Medizinblogs *tkp.at* vom 16. Mai 2023 werden dem US-Gesundheitsinstituts zufolge nun

auch mRNA-Grippeimpfungen in einer klinischen Studie getestet. Seit Beginn der Spritzenkampagne in Deutschland gibt es wie in anderen Staaten der Welt auch eine erhöhte Sterblichkeit. Laut einem Bericht der englischen Zeitung *Mirror* starben von Mai bis Dezember 2022 in England und Wales Zehntausende mehr als üblich. Hierbei wurde Corona als Todesursache ausgeschlossen.

SIE IST WIEDER DA

Beim italienischen Radrennen Giro d'Italia wurde nun die Maskenpflicht wieder eingeführt, nachdem bei einigen Sportlern die umstrittenen PCR-Tests angesprungen waren. Im Kontaktbereich mit den Fahrern im Start- und Zielsektor müssen nun wieder Masken getragen werden. Der Wahnsinn soll niemals enden.

MELDUNG

SCHWERE VORWÜRFE WEGEN KÜNSTLICHER BEATMUNG

Moers/DW. Thomas Voshaar, Chefarzt der Klinik für Lungen- und Bronchialheilkunde in Moers, geht von mindestens 20.000 unnötigen Todesfällen aus, die eine zu frühe invasive Beatmung allein in Deutschland verursacht haben soll. In einem Interview mit der *Welt* sieht der Mediziner auch finanzielle Fehlanreize als Ursache: »Es gibt für invasive Beatmung richtig viel Geld. Die stationären Behandlungskosten liegen durchschnittlich bei 5.000 Euro, maschinelle Intensivbeatmung kann dagegen mit 38.500 Euro abgerechnet werden, im Einzelfall sogar mit 70.000 Euro. Das ist etwa sieben- bis zehnmal mehr als die schonende Behandlung mit Sauerstoff über die Maske.« (kmü)

SPIKE-VERSEUCHTE BLUTKONSERVEN

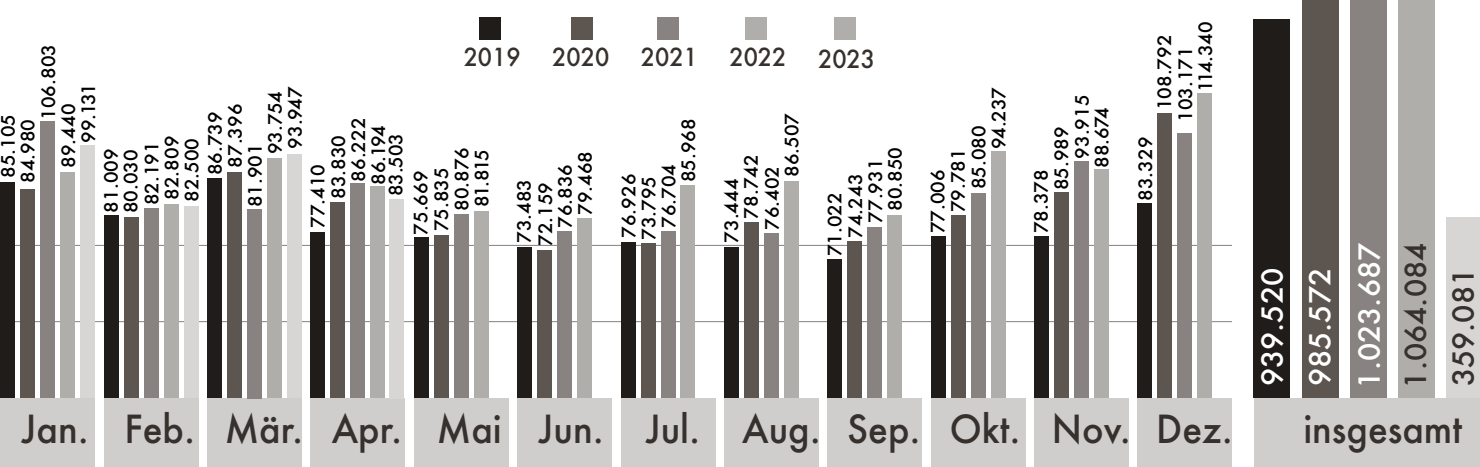
Wien/DW. Wie das Wissenschafts- und Politik-Portal *tkp.at* berichtet, werden Blutspender nicht gefragt, ob diese gegen Covid-19 geimpft sind. Somit ließe sich nicht feststellen, welcher der verfügbaren sogenannten Covid-19-Impfstoffe verspritzt wurde. Ebenso würden Blutkonserven nicht auf Spike-Proteine untersucht. Bei Verwendung von mehreren Blutkonserven lasse sich demnach ein sprichwörtlicher »Spike-Protein-Cocktail« nicht ausschließen. (kmü)

CORONA-MASSNAHMEN IM HERBST 2020 »WAREN RECHTENS«

Leipzig/DW. Die Corona-Maßnahmen der zweiten Pandemiewelle im Herbst 2020 waren, wie nun das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschied, grundsätzlich zulässig. Die Bundesländer durften die Schließungen von Sportanlagen, Restaurants und Hotels demnach auf das Infektionsschutzgesetz in seiner damals geltenden Fassung stützen. (kmü)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Sterbefallzahlen Deutschland



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

Der letzte Grüne, dem noch alle über den Weg trauen

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Lieber Leser, das Internet überschlägt sich förmlich mit immer wieder neuen Witzen über die grüne Endzeitsekte. Beispiele gefällig? Eine neue Studie hat ergeben: Jeder vierte Grüne ist genauso doof wie die anderen drei. – Oder: Ein IQ von 150 ist toll, nur dumm, wenn sich den eine Partei teilen muss. – Ich finde, man kann, sollte und darf diese bürgerfeindliche Partei nicht mehr ernst nehmen. Damit würde man nur seiner eigenen Gesundheit schaden.

Sehen wir es also positiv: Lachen wir über die Grünen, so lange wir sie noch haben. Denn der Anfang von ihrem Ende ist bereits getan. Und schon sind wir bei den erfreulichen Nachrichten der vergangenen Tage: Der deutsche Michel und Lieschen Müller strafen die grünen Extremisten endlich ab – bei der Bremen-Wahl verloren sie (im Vergleich zu 2019) mehr als fünf Prozent. Noch zu wenig, aber immerhin. Dass sie bei Wahlen und Umfragen zunehmend schlechter abschneiden, realisieren die Grünen natürlich. Darum beeilen sie sich mit dem Abwracken des Landes auch so sehr.

Über das Bundesministerium für Vetterwirtschaft wurde ja schon genug gesprochen und geschrieben. Konsequenzen? Müssen sie schon lange nicht mehr befürchten.

Multitalent Habeck – Märchenbuchautor, Insolvenzexperte, Wohlstandsvernichter sowie Windrad- und Wärmepumpenlobbyist in einer Person – und sein verfilzter Clan machen (abgesehen von kleineren Pseudo-Korrekturen) einfach weiter. Warum? Weil sie es können! Ein Sinnbild unserer Politik.

Die Machthaber des Landes agieren immer schamloser verantwortungslos, gewissenlos, kompetenzlos, unser Grinse-Kanzler erinnerungslos und unsere Außenministerin in Anbetracht von 360-Grad-Wenden, Kobolden in E-Batterien und Ländern, die hunderttausende Kilometer entfernt sind, sogar radikal bildungslos. Bei der Eröffnung des Petersberger Klimadialogs Anfang Mai im Auswärtigen Amt sprach sie von »Solala-Energie« – und einmal mehr hat niemand verstanden, worüber sie redet.

Im Zusammenhang mit der Rückgabe der Benin-Bronzen amüsierte sich nun Nigerias Prinz Okpame-Edward Oronsaye über Bärbock: Sie sei »zu jung. Sie hat keine Erfahrung, und manchmal merkt man das, wenn sie spricht«. Manchmal? Was für ein charmanter Prinz! Wie schrieb ich an dieser Stelle in DW 131: Wir leben in einer Freiluft-Psychiatrie – »die Härtefälle befinden sich auf der Regierungsbank, der Nachwuchs klebt auf der Straße«, ergänzte Moderator Jens Lehnrich neulich in seiner Sendung *Fair Talk*.

Hochhaus-Explosion in Ratingen! Und was *twittert* der Grüne Janosch Dahmen dazu? »Dass offenbar auch hier Querdenker-Terror dahinterstehen könnte, zeigt einmal mehr, wie lebensgefährlich die Coronaleugner-Szene ist« (Rechtschreib- und Interpunktionsfehler korrigiert, Anm. d. Red.). Ob er das nächste Messerstecher-Attentat eines Flüchtlings ebenso pauschalisieren und instrumentalisieren wird? Voreilig noch dazu. Aber nein, damit ist eher nicht zu rechnen. Schließlich sind die Grünen, wie längst jeder weiß, die Heuchler der Nation. Drum wird nur entsprechend kommentiert, was das eigene kranke Weltbild untermauert. Der normal tickende Teil der Bevölkerung traut schon lange nur noch einem einzigen Grünen über den Weg – dem grünen Ampelmännchen! Vielleicht sollte die Partei mal über eine Umbenennung nachdenken: Für mich jedenfalls ist Grün längst das neue Braun.

Was gab es sonst noch? Polens Justizminister Zbigniew Ziobro warf Olaf, dem Vergesslichen, Nazi-Methoden vor und verglich ihn mit Goebbels. Dieser »würde Bundeskanzler Scholz um seinen Erfindungsreichtum vielleicht sogar beneiden«. Der ungarische Regierungschef Viktor Orbán kritisierte derweil die EU-Spitze: Sie verfolge dieselben Weltherrschaftspläne wie einst Hitler und Napoleon. Amüsant waren in beiden Fällen die empörenden Reaktionen



Grünes Licht für die Revolution. Foto (Ausschnitt): Wikimedia Commons/Ampelmann GmbH

der *Mainstream*-Medien. So ist das nun einmal: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing. Apropos: Beim *Eurovision Song Contest* bewegte sich Deutschland auf Ampel-Niveau – letzter Platz nach Peinlich-Auftritt! Bei der sogenannten Flaggen-Parade zu Beginn dieser merkwürdigen Veranstaltung präsentierten alle Musiker stolz die Fahne ihrer Nation – bis auf eine Ausnahme: Die deutschen Moralapostel schwenkten eine Regenbogenfahne. Erinnernte an Nancy Faesers blamablen *One-Love*-Armbinden-Auftritt bei der Fußball-WM. Diesmal hieß der deutsche Teilnehmer nicht *Die Mannschaft* sondern *Lord of the Lost* (dt.: *Herr der Verlorenen*). Wie passend! Wenn man glaubt, dieses Land könne nicht mehr tiefer sinken und sich noch lächerlicher in der Welt machen, kommen irgendwelche *woken* Deppen daher und setzen doch noch einen drauf. Na, herzlichen Glückwunsch!



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

REICHSPREIS FÜR FÜHRER UND VOLK

Ukraine-Chef Wolodimir Selenski bereist Deutschland und bekommt Konzern-Urkunde für den Blutzoll der ukrainischen Bevölkerung | Von Hendrik Sodenkamp

Am vergangenen Wochenende bereiste der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski Deutschland, um erneut für Waffenlieferungen zu werben. Bereits im Vorfeld war von der Bundesregierung um den unter Korruptionsverdacht stehenden Bundeskanzler zugesagt worden, wieder einmal Waffen im Wert von 2,7 Milliarden Euro an die Nato-Ostfront zu schicken.

Bei seinem Treffen mit Kanzler Olaf Scholz (SPD) betonte der ukrainische Führer, wie dankbar er sei, dass die deutsche Bundesregierung ihre Hemmungen gegen eine Verlängerung des Krieges durch Waffenlieferungen abgelegt hätte. Zu diesem Zweck war die zunächst zurückhaltende Kriegsministerin Christine Lambrecht durch Boris Pistorius (beide SPD) ersetzt worden.

Deutschland sei mittlerweile nach den USA der zweitgrößte »Unterstützer« der Ukraine, so Selenski in Berlin, und solle in Zukunft zum größten Unterstützer anwachsen. Hintergrund für diese Aufforderung sind Spekulationen um den US-Präsidentenwahlkampf im Jahr 2024, der zu erwarten lässt, dass eine kriegsmüde und vom Zerbröckeln des US-Finanzmarktkapitalismus gebeutelte US-Bevölkerung die jeweiligen

Präsidentschaftskandidaten zur Mäßigung zwingt. Deutschland, so der Tenor der transatlantischen Konzern- und Parteienpresse in Deutschland, müsse dann wie zur Regierungszeit des US-Präsidenten Donald Trumps erneut die Rolle des »Führers der freien Welt« übernehmen und den Nato-Kriegskurs mit frischen Waffen und Munition anführen. So forderte Selenski erneut, dass Deutschland endlich Kampfjets in die Ukraine liefere.

EUER BLUT
FÜR UNSERE WERTE

Am Sonntag wurden dann Selenski und »dem ukrainischen Volk« unter Protest der Öffentlichkeit der umstrittene Karlspreis der Stadt Aachen überreicht. Dieser wurde im Jahr 1950 von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern ins Leben gerufen, um die Erinnerung an das Reich in Europa wachzuhalten. Unter den Preisträgern befinden sich vorrangig Persönlichkeiten, die sich um die Konzern-EU verdient gemacht haben.

In den Reden zu Ehren Selenskis wurde unter anderem von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen betont, dass die Interessen der europäischen Machthaber durch das Blut der Ukrainer gewahrt würden. Selenski sei ein glänzender Führer seines Volkes.

Gegen von der Leyen laufen derzeit Ermittlungen in der EU wegen ihrer SMS-Milliarden-Deals mit den Corona-Impfstoffherstellern.

Selenski beschwor in seiner Festtagsrede den Endsieg der Ukraine und erteilte international lauter werdenden Forderungen nach Friedensverhandlungen erneut eine Absage: »Um Frieden als Erbe zu hinterlassen, müssen wir mit ihnen zu dem Tag gelangen, an dem wir sagen können, dass wir diesen Krieg mit unserem gemeinsamen Sieg beenden.« Der Russe, so Selenski, sei »zu jeder Grausamkeit und Gemeinheit fähig«.

FEMINISTISCHE
AUSSENPOLITIK

Während man in Aachen tafelte und den Krieg der »europäischen Werte« feierte, reiste Außenministern Annalena Bärbock (Bündnisgrüne) ins Königreich Saudi Arabien, um mit den wahabitischen Machthabern eine engere Zusammenarbeit anzustreben. Das absolutistische Königreich habe für Deutschland »ein unglaubliches Potenzial für eine Klimapartnerschaft«, so die als hochbegabt bekannte Bärbock. Nachdem das »diktatorische Russland« als Energielieferant ausgefallen sei, müsste mit »verlässlichen Partnern« nach »klar definierten Regeln« zusammengearbeitet werden.



Karlspreisträger 2023
Wolodymyr Selenskyj
und das ukrainische Volk

Der umstrittene Karlspreis wurde 1950 von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern ins Leben gerufen. Foto: Privat

KONTO DICHT!

Sie haben es wieder getan! Die nächste Bank schloss im April dieser Zeitung das Konto, weil wir die Opposition der Gegenwart in dieser Zeitung zu Wort kommen lassen.

Mittlerweile ist es die zwölfte Bank, die im Verbund mit Geheimdiensten die demokratische Opposition bekämpft. Doch wir haben vorgesorgt. Diese Bankverbindung funktioniert:

Die neue Bankverbindung für Abos, Spenden und Verteilung ist:
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus

IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64



Impfopfer ohne Ende: Eine Galerie des Grauens dokumentierte am 1. Mai 2023 in Eichsfelde (Thüringen) zahlreiche Schäden des Spritzenterrors. Foto: t.me/DEMOBILDER



MIESES FRAMING

Eine Analyse der RBB-Berichterstattung zum Impfopfer-Anwalt Tobias Ulbrich

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Prof. Dr. Martin Schwab

Die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten stehen angesichts der zunehmenden Häufung dramatischer Impfkomplicationen vor dem Scherbenhaufen ihrer eigenen Propaganda. Jetzt versuchen sie, einen Anwalt zu diskreditieren, der den Opfern der Covid-Injektionen zu ihrem Recht verhelfen will.

Das Impffobby-Kartell, bestehend aus Herstellern, Politikern, Behörden und Konzernmedien, bekommt es sichtlich mit der Angst zu tun. Das Versprechen einer »nebenwirkungsfreien« Impfung hat sich längst in Luft aufgelöst. Das Narrativ einer »sicheren« Impfung versucht man trotz schlimmer Impfkomplicationen immer noch aufrechtzuerhalten mit der Behauptung, es handle sich um schicksalhafte Einzelfälle. Währenddessen mehrt sich die Zahl der Geschädigten, die nicht einsehen, die teilweise komplette Zerstörung ihrer Lebensqualität entschädigungslos hinzunehmen. Derzeit ist die Zahl der Anwälte, die bereit sind, für geschädigte Mandanten vor Gericht zu ziehen, noch relativ gering. Einer von ihnen, Rechtsanwalt Tobias Ulbrich aus Düsseldorf, hat sich mehrfach öffentlich zu Wort gemeldet und in den vergangenen Wochen auch auf etablierten Medienkanälen Gehör gefunden.

Offenbar werden seine Vorstöße für das Impf-Establishment gefährlich. Und wieder flüchten sich die Macher des GEZ-Funks in die üblichen Framing-Muster. In dem Beitrag auf *rbb online* vom 27. April 2023 mit dem Titel »Was hinter den Klagen gegen Hersteller des

Corona-Impfstoffs steckt«, versuchen drei offensichtlich inkompetente Journalisten auf Tobias Ulbrich einzudreschen.

FRAMING-MUSTER N°1:
»DER HAT JA KEINE AHNUNG«

Tobias Ulbrich sei kein Fachanwalt für Medizinrecht und habe in der Vergangenheit Mandate auf ganz anderen Feldern vertreten. Was dabei verschwiegen wird (und vielleicht nicht einmal recherchiert wurde): Tobias Ulbrich war einer der Prozessbevollmächtigten im Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht, in dem es um die Impfpflicht in der Bundeswehr ging. Er ist in das Thema also bestens eingearbeitet.

FRAMING-MUSTER N°2:
»DER VERBREITET FALSCHBEHAUPTUNGEN«

Konkret geht es um die These, die Covid-Injektionen schädigten das körpereigene Immunsystem und könne AIDS-ähnliche Folgen auslösen. Natürlich können die drei Autoren das nicht aus eigener Kraft widerlegen. Also fragen sie bei der Deutschen Gesellschaft für Immunologie nach und bekommen da zur Antwort, das stimme alles gar nicht.

Ich frage mich, ob die Deutsche Gesellschaft für Immunologie auch denjenigen Teil der wissenschaftlichen Forschung zur Kenntnis nimmt, der den positiven Einfluss der Covid-Injektionen auf das menschliche Immunsystem in Zweifel zieht. Ich verweise exemplarisch auf die Arbeit von Seneff et al., »Innate immune suppression by SARS-CoV-2 mRNA vaccinations« im Fachblatt *Food and Chemical Toxicology* Nummer 164 im Jahr 2022.

Diese Abhandlung ist für die Impffobby offenbar so gefährlich, dass der Chefredakteur von *Food and Chemical Toxicology* später seinen Hut nehmen musste, weil er es zugelassen hatte, dass diese Studie nach Peer-Review in dieser Fachzeitschrift veröffentlicht wurde, wie die Zeitung *Epoch Times* in einem Artikel vom 11. November 2022 berichtete. In den Alternativmedien ist diese Studie durchaus aufgegriffen worden, wie etwa auf dem Blog *Achse des Guten* am 27. April 2022. Wo bleibt die Rezeption dieser Studie im GEZ-Funk?

FRAMING-MUSTER N°3:
»DAS IST DOCH NUR AGGRESSIVE WERBUNG«

Wenn eine Anwaltskanzlei es mit der Öffentlichkeitsarbeit übertreibt, mag generell Vorsicht geboten sein. Hier verzeichnen wir aber eine Besonderheit: Menschen, denen es nach der Corona-Spritze dreckig geht, werden schon von ihren Ärzten oftmals nicht ernst genommen, wozu es mittlerweile eine Vielzahl an Medienberichten gibt. Vergleichbar herausfordernd gestaltet sich die Suche nach Anwälten, mit denen Geschädigte überhaupt vertrauensvoll über einen Corona-Impfschaden sprechen können. Hier kann es sich auch im Interesse der Geschädigten als hilfreich erweisen, wenn Anwälte ein kraftvolles Signal setzen, dass Betroffene bei ihnen Gehör finden. Natürlich verdient ein Anwalt auch Geld damit. – Ich bin nur so froh und dankbar, dass die Impfstoffindustrie uns in aufopferungsvoller Selbstlosigkeit so schnell mit ihren Spritzen versorgt hat. Die Milliardenprofite von BioNTech und Co. waren reiner Zufall und überhaupt nicht beabsichtigt. – Ironie aus.

FRAMING-MUSTER N°4: »DAS IST EIN QUERDENKER UND VERSCHWÖRUNGSTHEORETIKER«

Tobias Ulbrich sei im Querdenker-Milieu aufgetreten, und seine Äußerungen deuten auf ein geschlossenes verschwörungsideologisches Weltbild hin. Die Botschaft der Autoren des *rbb* lautet: »Liebe Gerichte, hört nicht auf den, der gehört zu diesen Untermenschen, an denen wir – das heißt die Konzern- und Parteimedien – uns seit drei Jahren abarbeiten. Wo den Autoren die Argumente ausgehen, muss halt die übliche Kampfrhetorik herhalten. Erinnern wir uns: Die Kassenärztliche Bundesvereinigung verkündete allein für 2021 insgesamt 2,487 Millionen Fälle, in denen bei den gesetzlichen Krankenkassen Diagnosen mit ICD-10-Codes abgerechnet wurden, die eigens auf Covid-Impfkomplicationen gemünzt sind. Das bedeutet: 2,487 Millionen Mal ging es Patienten nach der Corona-Spritze so schlecht, dass sie einen Arzt aufsuchten. Diese Zahl lässt erahnen, wie viele Opfer die Konzernmedien mit ihrer Propaganda auf dem Gewissen haben. Könnte das vielleicht die Motivation für den *rbb*-Beitrag vom 27. April 2023 sein?

MELDUNG

BÜRGER IN WUT
HOLEN SIEG

Bremen/DW. Bei der Landtagswahl in Bremen am 14. Mai 2023 konnte sich die regionale Partei »Bürger in Wut« neun Prozent aller Stimmen sichern. In Bremerhaven erhielt sie sogar 22,7 Prozent aller abgegebenen Stimmen, womit sie dort zweitstärkste Kraft wurde; hinter der traditionell in Bremen starken SPD. Die Partei Bürger in Wut ist seit Jahren stark in der Hansestadt. In dieser Wahl konnte sie zusätzlich vom Wegfall der AfD profitieren. Diese war bei der Wahl nicht angetreten. Wie mit der neuen Partei »umgegangen werden soll«, wird in den Mainstream-Medien breit diskutiert. Landesweit bekam die SPD 28 Prozent der abgegebenen Stimmen, die CDU 24, die Bündnisgrünen 11, die Linke 10 und die FDP 5. (hes)

WEIDEL WETTERT GEGEN
VERFASSUNGSSCHUTZ

Erfurt/DW. Nach ihrem gemeinsamen Auftritt mit Björn Höcke Ende April in Erfurt kritisierte AfD-Chefin Alice Weidel zum wiederholten Male den Verfassungsschutz. Sie wirft diesem vor, selbst verfassungswidrig zu handeln und spricht von »bananenrepublikanischen Zuständen«. Es werde »gegen Recht und Ordnung verstoßen und gegen eine politische Konkurrenzpartei durchgeladen«. Weidel machte deutlich, dass Verfassungsschutzchef Thomas Haldenwang ein CDU-Politiker und abhängig sei von Weisungen Nancy Faesers (SPD). Weidel fragte, wie naiv man sein müsse, zu glauben, man hätte es beim Verfassungsschutz mit einer unabhängigen Behörde zu tun. »Es ist alles Augenwischerei, was hier passiert. Die AfD wird zu politisch Verfolgten gemacht. Wir werden diskreditiert und das ist hochgradig reputationsschädigend.« Glücklicherweise würden dies die Wähler inzwischen zunehmend realisieren. Doch einmal in Rage geredet, legte Weidel nochmal nach: »Wie kann es eigentlich sein, dass Wirtschaftsminister Robert Habeck sinngemäß sagen könne, dass er das politische System der Volksrepublik China ganz duftete findet? Wo bleibt da der Verfassungsschutz?« Auch von den Medien würde dies nicht aufgearbeitet. Die AfD befindet sich seit Monaten im Aufwind: Laut jüngsten Umfragen würde sie bei der Bundestagswahl derzeit 16 Prozent erreichen. (kmü)

STADT WOLLTE WEITE
BADEHOSEN VERBIETEN

Saarlouis/DW. Keine Satire, sondern wahr: Die Stadtverwaltung Saarlouis hatte sich für die kommende Badesaison ein Kleiderkonzept überlegt, dass Männern das Tragen weiter Badehosen verbieten sollte. Erlaubt wäre demnach nur noch das Tragen kurzer, eng anliegender Schwimmhosen aus Materialien wie Nylon oder Lycra gewesen. Der Grund: Der Wasserverbrauch sollte so reduziert werden. Durch Männer, die weite Shorts aus saugfähigen Stoffen wie Polyester oder Baumwolle tragen, würden bei jedem Verlassen des Schwimmbeckens bis zu vier Liter Wasser verloren gehen. Der Plan kam allerdings in der Bevölkerung nicht gut an. Nach heftigen Protesten musste die Stadtverwaltung zurückrudern und hob die Gaga-Verordnung wieder auf. (kmü)



Leuchtturm
ARD - ORF - SRG

AACHEN: Donnerstag ab 16 • WDR Studio • Karmeliterstraße 1-3
AUGSBURG: Samstag 15.30 • Augsburger Allg. • Maximilianstr. 3
BELLHEIM: Montag 18.00 • Rheinpalz • Am Rathaus
BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BREMEN: Donnerstag • 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
Dornbirn: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1 •
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8 •
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio
• Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus
• Rudolf-v.-Bennigsen-Ufer 22
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFF • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag • 17.45 • NDR Media Docks • Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
OPPENHEIM: Montag 18.00 • SWR Regional • Katharinenkirche
PLAUNEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St Johanner Markt
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudio
• Schlossgartenallee 61
WAREN MÜRITZ: Montag 18.30 • Nordkurier • Marktplatz
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
WÜRZBURG: Donnerstag ab 15 • Bürgerdialog • Oberer Markt
ZUFFENHAUSEN: Montag 18.00 • Stuttg. Zeitung
• Brunnen vor Rathaus

IMMER MONTAGS!

ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ALTHÜTTE, 18 Uhr, am Rathaus – ALTMÜNSTER, 18 Uhr, am Marktplatz – BABENHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – BACKNANG, 18:30 Uhr, am Obstmarkt – BERLIN-KARLSHORST, 18:30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – CADOLZBURG, 18 Uhr, am Rathaus – CLOPPENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – DARMSTADT, 18 Uhr, am Luisenplatz – DENKENDORF, 18 Uhr, am Rathaus – DORMAGEN, 18 Uhr, am Rathaus – ECHTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – EICHSTETTEN, 18 Uhr, am Rathaus – FLAMMERSFELD, 18 Uhr, am Verbandsgemeindehaus – FÜRSTENFELDBRUCK, 18 Uhr, am Volksfestplatz – GAMMERTINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – GEILENKIRCHEN, 18 Uhr, am Wasserturm – HAFFKRUG, 18 Uhr, an der Seebrücke – HALDENSLEBEN, 18 Uhr, am Marktplatz – HARTENSTEIN, 19 Uhr, am Markt – ILLINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – INGOLSTADT, 18 Uhr, am Paradeplatz – JAGSTHAUSEN, 18 Uhr, am Rathaus – KIEFFERSFELDEN, 18 Uhr, am Rathaus – KUSTERDINGEN, 18 Uhr, am Rathaus – LAMSPRINGE, 18 Uhr, am Marktplatz – LAUBENBURG, 18 Uhr, am Rathaus – LICHTENFELS, 18 Uhr, am Marktplatz – MAGDALA, 18 Uhr, am Rathaus – NAILA, 18:30 Uhr, am Rathaus.




KEINE ANZEIGE! UNSER AUSRÜSTER!



ÜBER 700 MOTIVE!
GEWINNE GEHEN AN DEMOKRATISCHER WIDERSTAND • RUBIKON • APOLUT • WIKILEAKS U.A.

WWW.HARLEKIN.SHOP

DEMOTERMINES DER VERFASSUNGSBEWEGUNG		
Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de		
Sa, 20.5.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 20.5.2023 13-16:50 Uhr	Berlin, Freienwalder Str. 15/ ggü. Gedenkstätte Hohenschönhausen	Autokorso
Sa, 20.5.2023 11-15 Uhr	Brandenburg an der Havel, Katharinenkirchplatz	Schilderdemo
Sa, 20.5.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 20.5.2023 14-19 Uhr	Düsseldorf, Schadowplatz	Demo und Aufzug
Sa, 20.5.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldplatz	Zusammenkunft
Sa, 20.5.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 20.5.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 20.5.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 20.5.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadgarten	Spaziergang
Sa, 20.5.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausumplatz	Spaziergang
Sa, 21.5.2023 18-20 Uhr	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst
Sa, 20.5.2023 15:30-18 Uhr	Kassel, Königsplatz	Demo
Sa, 21.5.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Neumarkt	Kundgebung
Mo, 22.5.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 22.5.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 22.5.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 22.5.2023 19-21 Uhr	Cathbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 22.5.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Mo, 22.5.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rithertor	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 22.5.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18:15-20 Uhr	Elmshorn, Peterstraße (Anfang Fußgängerzone)	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 22.5.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 22.5.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Damplatz	Demo
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 22.5.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Rotenburg (Wümme), Neuer Markt	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 22.5.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18:45-20:15 Uhr	Sölingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 17-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 22.5.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olaf-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 22.5.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, a m Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 22.5.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 22.5.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 22.5.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 22.5.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 23.5.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 23.5.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 23.5.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 23.5.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinstraße 6-8	Spaziergang
Di, 23.5.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 24.5.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 24.5.2023, 28 Uhr	Klein Nordende (S-H), Weltfriedenseiche (neben Rewe)	Spaziergang
Mi, 24.5.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinskirche	Andacht
Mi, 24.5.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 24.5.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 24.5.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 24.5.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 24.5.2023 19-20:30 Uhr	Neckarfallingen, Schulhof Liebenauerschule	Spaziergang
Mi, 24.5.2023 19-20:30 Uhr	Schulendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 24.5.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 25.5.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 25.5.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 25.5.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 25.5.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr.8	Mahnwache
Do, 25.5.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, GroßBaumh. Rochusplatz	Mahnwache
Do, 25.5.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 25.5.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Soalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 25.5.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 25.5.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 26.5.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 27.5.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 27.5.2023 15-18 Uhr	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Umzug und Kundgebung
Sa, 27.5.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 27.5.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldplatz	Zusammenkunft
Sa, 27.5.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 27.5.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 27.5.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadgarten	Spaziergang
Sa, 27.5.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 27.5.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 3.6.2023 14-17 Uhr	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug
Sa, 17.6.2023 14-16 Uhr	Freiburg am Breisgau, am Konzerthaus ggü. Hbf	Fahrraddemo
Sa, 1.7.2023 14-17 Uhr	Freiburg am Breisgau, Platz der alten Synagoge	Schweigemarsch
Mi, 7.7.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo
Mi, 7.7.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Sa, 15.7.2023 14-16 Uhr	Freiburg am Breisgau, am Konzerthaus ggü. Hbf	Fahrraddemo
Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse veranstaltung@demokratischerwiderstand.de senden.		
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN		



KÖNIG DER KINDER
KOLUMNE FREUND UND HELFER

Anmerkungen zu einer vergangenen Zeit von Thomas Willi Völzke

Kennen Sie das Lied König der Kinder des Sängers und Schauspielers Klaus Hoffmann? Vor rund 22 Jahren habe ich es erstmals in einem Konzert seines Programms »Insellieder« gehört.

Im Publikum war es still, viele hatten vermutlich einen Kloß im Hals, und gewiss standen manchem Besucher des Konzerts sogar Tränen in den Augen. Es waren Bilder der Erinnerung, denn es gehörte in den fünfziger und sechziger Jahren zum Stadtbild, dass Männer mit Drehorgeln die Straßen und Höfe mit Melodien und Liedern zum Leben brachten. Erwachsene blieben stehen und hörten zu, Kinder spielten um den Leierkastenmann herum und aus den Fenstern wurden ihm Münzen zugeworfen.

Zu dem Bild der Nachkriegszeit kamen noch andere Dinge hinzu. Es gab in Berlin, so wie in anderen Städten auch, durch den Krieg zerbombte Häuser. Kinder kletterten entgegen aller Ermahnungen der Eltern in den Ruinen herum. Und es gehörte noch etwas anderes zur Normalität des Straßenbilds, und das waren die Kriegsversehrten. Unübersehbar waren die Männer mit nur einem Bein oder einem Arm, mit fehlenden Fingern, schweren Narben am Kopf und vielem mehr. An zahlreichen Mänteln und Jacken waren die gelben Armbinden mit den drei schwarzen Punkten zu sehen, das Zeichen für behinderte Menschen. Die Schrecken des Kriegs waren präsent in Form von lebenden Gestalten und entfalteten eine sichtbare Mahnung an die Nachgeborenen. Die Erwachsenen hatten, wenn überhaupt, nur knappe Erklärungen.

Wir Kinder nahmen all diese Dinge, ob erklärt oder unausgesprochen, in uns auf. »Nie wieder Krieg« wurde für uns zur Richtschnur. In der Schule behandelten wir im Deutschunterricht die Werke von Schriftstellern wie Heinrich Böll, Siegfried Lenz, Bertolt Brecht und Wolfgang Borchert. Insbesondere dessen Werke Nachts schlafen die Ratten doch, Draußen vor der Tür, Schischyphusch und Dann gibt es nur eins: Sag nein! sind mir bis heute präsent. Es lag natürlich auch daran, dass unsere Deutschlehrer die Schrecken des Krieges noch erlebt hatten; entsprechend eindringlich gelang ihnen die Interpretation des jeweiligen Werks.

Für mich ist daher wichtig, dass wir nicht dem Glaubenssatz folgen, dass die Lieferung von Waffen zum Frieden führt. In der deutschen Regierungspolitik orientiert man sich 78 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs offensichtlich in diese Richtung. Die Stimmen häufen sich, dass wir inzwischen Kriegspartei geworden sind. Die Folgen hierfür könnten alle unsere Vorstellungen sprengen.

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN,
VERKAUFEN

WARUM?

- Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

- Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

- Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

- Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensurierbar.

- Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

- Geben Sie doch einfach auf demokratischerwiderstand.de/verteilen die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

- Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

- Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

- Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir ihre Zahlung sicher zuordnen können.

- Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

- Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

- Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

HANNOVER STEHT AUF

Bei der Großdemo für Frieden in Hannover am 13. Mai waren rund 10.000 Teilnehmer einer Meinung: Waffen beenden keinen Krieg. Der Demozug startete vom Opernplatz aus, dort hatte auch Michael Ballweg gesprochen (u. r.). In dutzenden weiteren Städten gingen die Menschen auf die Straße. Fotos: Georgi Belickin



SPALTUNG UND EINHEIT

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Dorothea Stockmann

»Glücklich sind die, die um der Gerechtigkeit willen verfolgt werden; denn ihnen gehört das Himmelreich.« – Jesus in der Bergpredigt, Matthäus 5, Vers 10

Geht es Euch auch so: Die letzten drei Jahre haben so vieles verändert! Bei uns zuhause jedenfalls ist das so. Wenn wir mit unseren Kindern am Tisch sitzen und gemeinsam über die Corona-Zeit reden, wird uns bewusst, dass unser Vertrauen in Gott durch die erlebten Schwierigkeiten stärker geworden ist. Unser

Zusammenhalt und die Zuversicht, mit der wir leben, haben enorm zugenommen. Das hängt auch damit zusammen, dass wir als Christen zum ersten Mal etwas von der Verfolgung »um der Gerechtigkeit willen« erlebt haben.

So stand zum Beispiel plötzlich die Polizei mitten im Gottesdienst, weil ein besorgter Nachbar befürchtete, dass die Corona-Regeln nicht eingehalten werden. Beim gemeinsamen *Open-Air*-Gebet sahen wir uns oftmals von schwerbewaffneten, grimmig dreinblickenden Beamten umringt, die uns am liebsten nach Hause geschickt hätten – und manchmal taten sie das auch.

Doch den Frieden und die Freude, die in uns waren, konnten sie uns nicht nehmen. Besonders denkwürdig war, dass nachdem die Polizei einen genehmigten Gottesdienst aufgelöst, den Strom abgestellt und das *Keyboard* von der Bühne getragen hatte, wir einfach *unplugged* mit der Gitarre weitersangen. Und obwohl uns rund hundert Polizisten umzingelten, wegdrängten und sogar damit drohten, unsere Instrumente zu zerstören, war eine ungeahnte Freude, Kühnheit und Liebe auf uns. Mitten in der Verfolgung!

Bereits im März 2020 war uns bewusst, dass die Corona-Agenda von Mächten der Finsternis geplant und ausgeführt worden war. Allerdings waren unsere Großeltern, Onkel und Tanten überzeugt von der Güte und Fürsorge unserer Regierung. Dass wir keine Masken tragen wollten, dass wir große Bedenken wegen der sogenannten Impfung hatten und unsere diesbezüglichen Recherchen in einer Aufklärungsbroschüre öffentlich verbreiteten, dass wir unsere Kinder nicht dem *Mobbing* durch die Schulleiter aussetzen wollten – all das hat einen Riss in unsere Familie gebracht, Unverständnis und Trennung bewirkt. Auch das kann man Verfolgung nennen.

Aber es hat unser Vertrauen auf Gott wachsen lassen. Denn wir haben erlebt: Unser Glück hängt nicht von äußeren Umständen oder der Anerkennung von Menschen ab. Das Richtige zu tun in dem Bewusstsein, dass Gott auf unserer Seite ist – das macht glücklich!

Dorothea Stockmann war Musikerin in einem Berliner Orchester und ist fröhliche Mutter von sieben Kindern. Sie lebt mit ihrer Familie im Berliner Umland.

BESTANDS-
AUFNAHME



Die Journalisten und Medienentwickler Kayvan Soufi-Siavash (KenFM, Apolut.net) und Anselm Lenz (DW-Zeitung, S&L-Verlag) treffen sich zur Bestandsaufnahme. Ein Ausschnitt aus Bestandsaufnahme #14.

- Tage der Befreiung – wie wars?
- Hamburger Hafen gehört jetzt China – kommt jetzt die Sprengung?
- Flüchtlingskrise – 1 Milliarde versus 100 Milliarden?

K.S.S.: Nach drei Generationen sind die Letzten tot, die Krieg noch am eigenen Leib erlebt haben. Und die vierte Generation muss das dann wohl wieder von vorne durchmachen? Das ist eine Frage, die ich mir wirklich stelle. Denn die aktuelle politische Situation ist brandgefährlich und schwelt vor sich hin. Keiner will verlieren, denn es könnte ja möglicherweise zu einer Kettenreaktion kommen. Es ist ja auch ein klares Ziel für die Ukraine gewesen, dass man gar nicht mit Putin verhandeln darf, sondern man muss ja die Krim einnehmen. Wo aber ja jeder weiß, dass sich die Russen das nicht gefallen lassen würden. Möglicherweise kommt es dann zum Einsatz von Kernwaffen. Man redet bei uns von der Offensive, gleichzeitig erinnert man ganz groß an das Ende des Zweiten Weltkrieges. Mir geht das nicht mehr in den Kopf, Anselm, ich finde das einfach nur noch verrückt, was sich hier abspielt.

A.L.: Ja!

K.S.S.: Es zeigt auch, wie abgekoppelt die Politik vom Erinnern an die Vergangenheit ist. Unsere Politiker leben in einer merkwürdigen Blase, als wäre es eine Fernsehserie.

A.L.: Es ist nicht zu fassen, was seit März 2020 geschieht. Professor Klaus-Jürgen Bruder machte damals schon klar: »Das sind Kriegsvorbereitungen!« So ist es dann auch gekommen...

K.S.S.: Es heißt dann ja, »die Russen haben hinterhältig die Ukraine überfallen«. Ich meine, Kriege werden provoziert und werden von langer Hand geplant. Daran ist nichts zufällig, denn man muss ja militärisches Gerät von A nach B bewegen.

A.L.: Ja.

K.S.S.: Und ich möchte nochmal daran erinnern, dass ein George Friedman 2015 ganz offen gesagt hat, dass man alles tun wird, um Russland zum Krieg zu provozieren und deshalb versuchen wird, die Ukraine in die Nato zu bringen, um dort Raketen aufzustellen und sie 100 Kilometer vor Petersburg und 400 Kilometer vor Moskau stehen zu haben. Und Friedman sagte, dann müssen sie, die Russen, reagieren »und das wollen wir auch«. Das ist dann nämlich so, als würden die Russen Raketen auf Cuba stationieren, dann würden die Amerikaner reagieren müssen. Wer das schon vorher ankündigt und es dann macht, und dann reagieren die anderen, und dann sagt, »guck mal, guck mal, guck mal, was die Russen da machen«, der zeigt, wie Geopolitik funktioniert – und Kapitalismus, der sagt, »wir müssen diesen Krieg haben, also provozieren wir die andere Seite«. Wenn man die Aussagen dieser Geostrategen zitiert, dann heißt es, man sei Verschwörungstheoretiker, obwohl man diese Aussagen im Internet ganz eindeutig dokumentiert finden kann.

Mehr Bestandsaufnahme via Apolut.net und demokratischerwiderstand.de/presseklub

Polizei gegen Krankenschwester

Interview mit Sabrina Kollmorgen | Von Hendrik Sodenkamp

DW: Frau Kollmorgen, können Sie sich den Lesern bitte kurz vorstellen. Sabrina Kollmorgen: Ich bin ausgebildete Intensivkrankenschwester, Mutter von zwei Söhnen und lebe in Berlin. Weil ich mit den Corona-Spritzen nicht einverstanden war und die Maßnahmen ablehnte, habe ich meinen Beruf, den ich sehr liebe, an den Nagel gehängt und bin jetzt im Widerstand aktiv.

DW: Sie standen am 15. Mai 2023 in Berlin vor Gericht. Was wurde Ihnen vorgeworfen?

S.K.: Bei dem Verfahren wurden drei Sachverhalte zusammengelegt: Ich soll einen Beamten bei einer Demonstration an Pfingsten 2021 in Berlin angegriffen und bei Montagsspaziergängen gegen den drohenden Impfzwang am 10. und 17. Januar 2022 Widerstand gegen Beamte geleistet haben.

DW: Was war damals passiert?

S.K.: An Pfingsten war ich in Berlin unterwegs, um Flyer für die Partei Die Basis bei den Demonstrationen zu verteilen. Auf dem Potsdamer Platz telefonierte ich mit meinem Handy. Als ich auflegte, fand ich mich vor einer Polizeikette wieder. Ein Polizist fing plötzlich an, mich zu schubsen. Ich wurde auf den Boden geworfen, mir wurde die Luft abgedrückt und mein Kopf nach hinten gebogen. Ich dachte, jetzt ist es um mich geschehen. Nach dem Einsatz fuhr ich direkt ins Krankenhaus und erstattete im Anschluss Anzeige, die jedoch nicht verfolgt wurde. Stattdessen wurde ich angeklagt. Täter-Opfer-Umkehr nennt man das. Der Polizist behauptete, ich hätte ihn angegriffen.

DW: Was passierte bei den Spaziergängen?

S.K.: Am Rande eines Spaziergangs stand ich in Berlin-Zehlendorf unter einem Baum und beobachtete – um später eventuell als Zeugin dienlich sein zu können – wie Polizisten eine Frau in die Mangel genommen hatten. Als sich die Situation entspannte, ging ich zu meinem Auto, doch plötzlich geriet ich selbst inmitten eines polizeilichen Zugriffs: Meine Hände wurden mit einem Polizeigriff verdreht, ich über die Straße geschleift und gegen einen Wagen gestoßen. Ich musste Arme und Beine ausstrecken und wurde in Anwesenheit von Schaulustigen durchsucht. Mein Pullover rutschte



Krankenschwester Sabrina Kollmorgen zuversichtlich vor dem Berliner Gerichtssaal. Foto: DW/Steve Schramm.

dabei nach oben. Es war eine entwürdigende Situation für mich. Mir wurde vorgeworfen, ich hätte Widerstand geleistet, was jedoch nicht stimmt.

DW: Und in der Woche darauf?

S.K.: Da beobachtete ich, wie eine alte, zierliche Frau, die bewusstlos war, von der Polizei über die Straße gezerrt wurde. Ich hatte als ausgebildete Krankenschwester freundlich angeboten, mich um die Frau, die zeitweise nicht ansprechbar war, zu kümmern. Weil ich mir ernsthaft Sorgen um ihren Gesundheitszustand machte, rief ich einen Krankenwagen, obwohl die Polizei mir dies untersagen wollte. Als der Notarzt da war und sie versorgte, jagten mich Polizisten erst über den Teltower Damm, ehe sie mich dann in Handschellen gegen eine Hauswand drückten. Man sagte mir, ich solle mit aufs Revier fahren.

DW: War das die Rache dafür, dass Sie sich als Pflegerin über den Machtanspruch der Polizei hinweggesetzt hatten?

S.K.: So kann man das sehen. Mir wurden Widerstand und Beleidigung vorgeworfen.

DW: Wie lief dann am Montag das Gerichtsverfahren?

S.K.: Das Gericht in Berlin glich einem Hochsicherheitstrakt. Es waren viele Prozessbeobachter gekommen, die nicht, wie ich es von anderen Prozessen kannte, vor dem Saal warten durften, sondern in einem engen Raum ausharren mussten. Die Beamten kommunizierten dort mit den Menschen teilweise per beschriebener Zettel, die sie wortlos gegen die Glasscheibe drückten. Einige Prozessbeobachter wurden sogar weggeschickt. Auf meine Nachfrage, warum hier solche Vorkehrungen getroffen werden, sagte mir eine Beamtin, dies sei eine Weisung von oben. Ich selbst musste alleine im Flur warten.

DW: Wie ging es weiter?

S.K.: Nach anderthalb Stunden Wartezeit wurden wir alle in den Gerichtssaal gerufen. Der Richter sagte, dass das Verfahren verschoben werden müsse. Man machte mir ein Angebot für zwei der drei Verfahren über je 30 Tagessätze. Ich lehnte ab, weil ich unschuldig bin.

DW: Wie war es mit der Unterstützung im Gerichtssaal?

S.K.: Ich war sehr berührt, dass so viele Menschen gekommen waren – teilweise sogar aus Lübeck oder Stuttgart – nur um mich zu unterstützen. Als dann klar war, dass die Verhandlung verschoben wird, kam verständlicherweise etwas Unmut auf. Aber es ist wichtig, friedlich, konzentriert und ruhig zu bleiben. Das kriegen wir beim nächsten Termin auch bestimmt gut hin.

DW: Machen Sie trotz der polizeilichen Einschüchterungsversuche weiter?

S.K.: Natürlich. Ich bin gerade auf dem Weg nach Bochum zu einer Demonstration. Es ist wichtig, aufzuklären über die Maßnahmen, die Spritzen und die Polizeigewalt gegen friedliche Bürger. Wenn ich mir angucke, wie sanft man mit den Klimaklebern umgeht und das mit der unmenschlichen Gewalt gegen uns vergleiche, wird klar, dass die Polizisten dementsprechende Anweisungen bekommen haben müssen.

DW: Frau Kollmorgen, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Die Fragen stellte Hendrik Sodenkamp.

Briefe an die Redaktion



FOTO DES MONATS:
FLOCKI STEHT AUF DEN DW!

DW IST EIN
LICHTBLICK

Liebes DW-Team, per Zufall entstand am 29. April 2023 auf der Demo in Magdeburg ein sehr schönes Foto: Flocki in der Zeitungskiste! Dieses Bild dürfen Sie gerne veröffentlichen.
– Birgit R.

Liebes DW-Team, ich freue mich auf die nächsten Ausgaben. Macht weiter so! Der DW ist Woche für Woche ein Lichtblick im Briefkasten.
– Sylvia B, Berlin

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

VON DER LEYEN
GEHÖRT VERURTEILT

Liebes DW-Team, ich habe wieder alles gelesen. Hoffentlich wird Frau von der Leyen angeklagt und verurteilt.
– Karin H, Eberswalde

AUF DEM SCHIRM

- ✉ RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de
- 📡 t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
- 📷 instagram.com/demokratischerwiderstand
- 📘 facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
- 📺 youtube.com: Demokratischer Widerstand

50 Billionen Dollar für die Klima-Phantasie

Aus »tiefstem Herzen« will die US-Regierung Geld ausgeben | Von Rainer Rupp

Mit den künstlich geschürten Klima-Ängsten ist viel Geld zu machen. Das Klima hat sich als geradezu ideale gesellschaftliche Umverteilungsmaschine erwiesen.

Diese Umverteilungsmaschine hat das Zeug dafür, noch für die nächsten Jahrzehnte massenhaft gewaltige Summen von unten nach oben zu scheffeln. Dabei werden die staatlichen Steuergelder, von denen etwa zwei Drittel von der Mittelschicht entrichtet werden, in exorbitante private Gewinne für Klima-Profiteure verwandelt. Die Umwandlung von Steuergeldern in diese Art von risikoarmen Privatprofiten findet über staatlich finanzierte Klima-Programme oder Subventionen für Klima-Produkte wie zum Beispiel Wärmepumpen statt. Das Schöne dabei ist, dass anscheinend die Masse der Bevölkerung auch in absehbarer Zeit nicht gegen diese gigantische Ausplünderung rebellieren wird. Denn viele Menschen haben diese Form der Ausbeutung entweder noch nicht durchschaut oder sie haben gutgläubig das offizielle Narrativ verinnerlicht, wonach sie mit ihren Zwangsoptionen für das Klima die Welt für ihre Kinder und Enkel retten.

Bei einer Haushaltsdebatte im US-amerikanischen Kongress hatte vor Jahren mal ein Abgeordneter seine Kollegen zum bedächtigen Umgang mit öffentlichen Geldern ermahnt, indem er sagte:

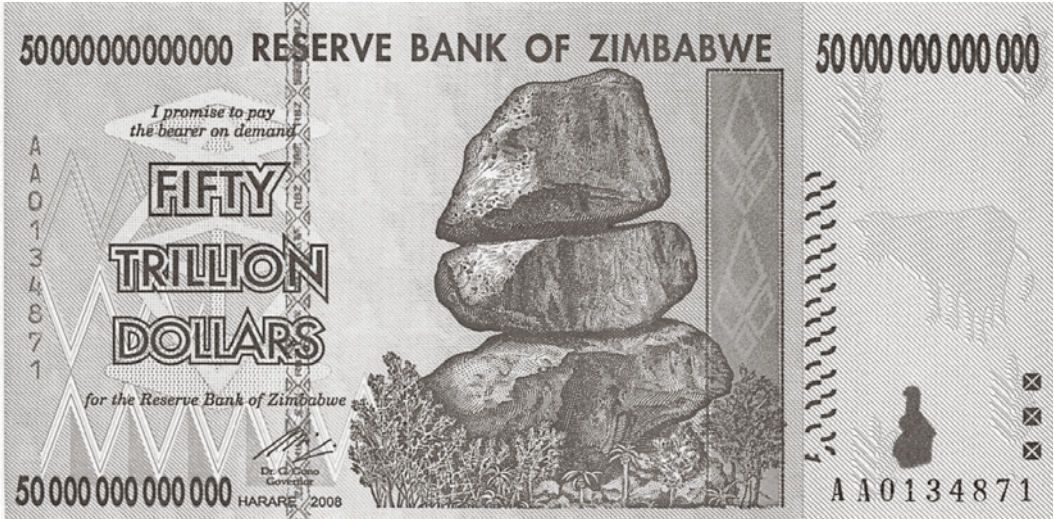
»Hier eine Milliarde Dollar und dort eine Milliarde Dollar und schon bald reden wir von richtigem Geld.«

EINE ANHÖRUNG DES SENATS

Heute spricht man im US-Kongress über mehr über einige Milliarden Dollar, auch nicht über zig-Milliarden Dollar, sondern wenn es ums Klima geht, redet man über richtiges Geld, um unglaubliche Summen, die alles, was mit Klima zu tun hat, zu einer Gier erweckenden Goldmine machen, deren Anziehungskraft sich weder Geschäftsmacher noch Politiker nur schwer entziehen können. Um so lobenswerter ist die jüngste Aktion des republikanischen US-Senators John Kennedy, der mit der Familie des ermordeten US-Präsidenten John F. Kennedy weder verwandt noch verschwägert ist.

»50 Trillion Dollars for what?« — 50 Billionen Dollar, das ist eine 5 mit 13 Nullen: 50.000.000.000.000. — »Wofür?«

Mit dieser simplen Frage bei der öffentlichen Anhörung des Unterausschusses des Senats für Mittel des Staatshaushalts begann am 4. Mai 2023 in Washington Senator Kennedy die spektakuläre Befragung von Präsident Joe Bidens-Klimabeauftragten, der stellvertretende Energieminister David Turk. Präsident Bidens »Klimahändler« Turk kam schnell ins Schwitzen. Auf die Frage nach den Kosten der sogenannten Klimaneutralität bekam Kennedy von Turk außer Stameln und Ausflüchten keine Antwort. Dafür entlarvte Turk zur Verblüffung der Ausschussmitglieder unbeabsichtigt die gigantische Absurdität des grünen Klimabetrugs. In dem angespannten Schlagabtausch mit Turk, versuchte Senator Kennedy wiederholt, Turk dazu zu bringen, eine klare Antwort darauf zu geben, wie viel die



Riesen Summen ohne Wert: Billionen-Beträge und Inflation gehen Hand in Hand. Foto: Gemeinfrei

amerikanischen Steuerzahler zahlen müssen, um für die USA Bidens Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2050 zu erreichen.

Als Kennedy fragte, ob einige der Experten, auf die sich Turk zuvor bezogen hatte, mit einer Schätzung von 50 Billionen Dollar richtig lagen, nickte Turk mit dem Kopf und sagte: »Es wird Billionen von Dollar kosten, daran besteht kein Zweifel.«

WIE WAR NOCHMAL DIE FRAGE?

Kennedy fragt: »Wenn wir in den Vereinigten Staaten von Amerika 50 Billionen Dollar ausgeben, um bis 2050 klimaneutral zu werden, wie stark wird das die Welttemperaturen senken?«

Turk: »Jedes Land auf der ganzen Welt muss sich zusammenreißen. Unsere Emissionen machen derzeit etwa 13 Prozent der weltweiten Emissionen aus...«

Kennedy: »Ja, aber wenn Sie bitte meine Frage beantworten könnten. Wenn wir 50 Billionen Dollar ausgeben, um in den USA bis 2050 klimaneutral zu werden, – Sie sind der stellvertretende Energieminister – geben Sie mir Ihre Schätzung, wie stark das die Welttemperaturen senken wird.«

Turk: »Zunächst einmal sind es Nettokosten. Es ist der Nutzen, den wir haben, wenn wir uns zusammenreißen und all diese Kosten und Klimavorteile reduzieren...«

Kennedy: »Lassen Sie mich nochmals fragen. Vielleicht spreche ich nicht deutlich genug. Wenn wir in den Vereinigten Staaten von Amerika 50 Billionen US-Dollar ausgeben, um bis 2050 klimaneutral zu werden, wie stark wird das die Welttemperaturen senken?«

Turk: »Das ist ein globales Problem, also müssen wir unsere Emissionen reduzieren und wir müssen alles tun, um, äh. äh...«

Kennedy: »Wie viel tragen wir dazu bei? Wird es die globalen Temperaturen senken?«

Turk: »Wir sind also 13% der globalen Emissionen...«

Kennedy unterbricht Turk uns sagt triumphierend: »Sie wissen es nicht, oder? Sie wissen es nicht, oder?«

Turk (völlig verblüfft) sagt dann: »Tief aus dem Innersten meines Herzens sage ich, es gibt keine Möglichkeit, dass die Welt den Klimawandel in den Griff bekommt, wenn die USA nicht führt.«

Die Idiotie, die der stellvertretende US-Energieminister Turk hier zur Schau stellte,

ist symptomatisch, nicht nur für die grüne Klimapolitik in den USA, sondern in besonderem Maße auch für die grüne Politik der deutschen Ampel-Regierung.

Da die Anhörung öffentlich war, waren auch Vertreter der *Mainstream*-Medien anwesend. Aber den von Turk eingestandenen skandalösen Irrsinn haben die US-amerikanischen und deutschen Qualitätsmedien geflissentlich verschwiegen. So verhindern die in der Wolle grün eingefärbten Qualitäts-Presstituierten, dass sich die breite Öffentlichkeit selbst ein angemessenes Bild von der Klima-Politik machen kann, mir der die Ampel-Regierung auch unser Deutschland mit Vollgas gegen die Wand fährt.

US-FORDERUNG: WER ZAHLT, WILL AUCH KONTROLLIEREN

In alternativen Internet-Medien hat die Kennedy-Turk-Episode großen Widerhall gefunden. Nachfolgend ein Auszug aus einem Kommentar des texanischen Energie-Experten David Blackmon im *Daily Caller* zu der von Turk bei der Senatsanhörung demonstrierten Inkompetenz. Zitat:

»Da haben wir's. Die Amerikaner werden aufgefordert, mit ihren Steuergeldern die Zwangsernährung einer unglaublich radikalen Politik zu akzeptieren, die eine in der Weltgeschichte beispielloses Preisschild, um das Ziel der Klimaneutralität zu erreichen, deren Vorteile nicht nur nebulös und vernachlässigbar sind, sondern vollständig von den kooperativen Maßnahmen anderer Länder abhängen, deren Handeln jedoch außerhalb der Kontrolle der USA liegt und deren Resultate nicht zuverlässig gemessen werden können. Stattdessen wird uns von hochrangigen Vertretern der Regierung, die diese Politik erzwingen wollen, gesagt, dass wir ihnen einfach vertrauen sollten, weil sie in der ›Tiefe ihres Herzens‹ denken, dass sie das Richtige tun. Das ist Wahnsinn«, so Blackmon, der dann das nicht weniger geistesgestörte Preisschild von 50 Billionen Dollar unter die Lupe nimmt.

»50 Billionen US-Dollar sind ein Betrag, der das Bruttoinlandsprodukt der USA, Chinas, Indiens, Deutschlands und Japans zusammen übersteigt. Es ist eine Zahl, die die gesamte US-Staatsverschuldung drastisch übersteigt.«

Laut US-Schulden-Uhr beläuft sich die US-Staatsverschuldung mit Stand vom 11. Mai 2023 auf 31,7 Billionen Dollar, bzw. 134 Prozent des US-amerikanischen Bruttoinlandsproduktes BIP. Weiter geht's mit Blackmon: »50 Billionen Dollar sind etwa 135 Mal mehr als die 369 Milliarden Dollar, die im

aktuellen *Inflation Reduction Act* (IRA) für Subventionen für grüne Energieprogramme vorgesehen sind.«

An dieser Stelle sei angemerkt, dass die Wortwahl, nämlich *Inflation Reduction Act*, was Gesetz zur Reduzierung der Inflation bedeutet, absolut irreführend ist. Tatsächlich steht die Formulierung Gesetz zu Reduzierung der Inflation exemplarisch für die im Westen inzwischen übliche Begriffsverdrehung in der Politiker-Sprache nach dem Motto:

»Krieg ist Frieden; Freiheit ist Sklaverei; Unwissenheit ist Stärke«

Tatsächlich ist Bidens Gesetz zu Reduzierung der Inflation ein Gesetz zum Anheizen der Inflation durch eine neue gewaltige Geldschwemme mit Hilfe der Druckerpresse. Denn woher sonst sollen sie 1.800 Milliarden Dollar alljährlich kommen, die bis 2050 laut Biden-Plan allein für die Klimapreissubventionen notwendig sind?

DAS KLIMA DER WELTREGIERUNG

Mit aktuell 31 Billionen Dollar Schulden der US-Bundesregierung, bzw. mit einem Schuldungsanteil des BIP von 134 Prozent, sind die USA inzwischen in der Nähe von Problemländer wie Italien und Griechenland gelandet. Allein für die ersten 4 Monate dieses Jahres beläuft sich das Haushaltsdefizit bereits auf dem Rekordhoch von über 1,6 Billionen Dollar (\$ 1600 Milliarden). Defizite dieser Größenordnung vor dem Hintergrund der schwächelnden US-Wirtschaft können nur noch durch massives Geldddrucken gedeckt werden. Deshalb werden die Biden Klima-Pläne bis 2050 die Inflation weiter kräftig anheizen.

Dennoch scheint die Biden-Regierung fest entschlossen, diese gewaltigen Summen in den nächsten 27 Jahren für Klimainvestitionen auszugeben. Im besten Fall reduzieren diese in den USA den CO2 Ausstoß, aber die Produktivität der Volkswirtschaft wird dadurch nicht oder nur gering gesteigert werden. Zugleich baut der Biden Klima-Plan auf der höchst unrealistischen Hoffnung auf, dass China, Indien und andere Nationen der Führung der USA auf dem Weg in den sicheren Ruin folgen werden. Deren Interessen stimmen jedoch nicht mit denen der Amerikaner überein. Die Glaubwürdigkeit der US-Klimapolitik ist durch den erbärmlichen Auftritt ihres führenden Vertreters in der US-Bundesregierung, in den Keller gegangen, denn der stellvertretende Energie-Ministers Turk hat mit der Logik, Naivität und Albernheit eines Drittklasslers argumentiert.

Wäre das nicht schön, wenn auch im deutschen Bundestag jemand dem zuständigen Bundesminister für Klima-Märchen ähnliche Fragen stellen würde, wie das US-Senator Kennedy getan hat. So jemand würde wie Kennedy Millionen Menschen aus dem Innersten ihrer Herzen sprechen.

Dieser Text erschien zuerst auf der unabhängigen Journalisten-Plattform apolut.net. Wir danken Kollegen und Autor für die Möglichkeit des Abdrucks.



Publizist Rainer Rupp war DDR-Spion im Nato-Hauptquartier. 1983 verhin-derte er wahrscheinlich einen Atomkrieg.



WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

DIE MASSEN SCHAUEN ZU

Sie verleihen sich selber ihre Preise, lassen die größten Verbrecher zu Wort kommen und bringen dabei in Perfektion die Verachtung für das eigene Volk zum Ausdruck. Der letzte Platz beim *Song Contest* ist dabei das i-Tüpfelchen an Widerlichkeit, an Gottlosigkeit nicht zu über treffen, sinnlos und unnötig. Die Massen schauen zu.

Während Günther Jauch zusammen mit *Lidl* diskussionswürdige Werbung für Einwegflaschen macht, glänzen unsere grünen Spitzenpolitiker weiterhin mit substanzlosen Aussagen und Vorschlägen »für eine bessere Welt«. Klimaschutz statt Umweltschutz. Die Wenigsten haben sie gewählt aber nahezu alle leiden unter ihnen. Die Frage ist, wie lange noch? Wie lange lassen wir uns das noch gefallen? Denn das ist erst die Spitze des Eisberges. Die Massen schauen zu.

Energiekonzerne, dank Inflation mit die großen Gewinner dieser Zeit. Acht Milliarden Euro hat zum Beispiel *RWE* brav in erneuerbare Energien investiert.

Wer jetzt denkt, das tut der heimischen Wirtschaft gut, hat sich schwer getäuscht, denn allein sechs Milliarden Euro wurden für den Kauf der US-Solarfirma *Con Edison Clean Energy Businesses* ausgegeben. Ein krampfhafter Versuch den heimischen Ausstieg aus Kohle und Atom zu kompensieren.

Ja, die Massen schauen zu und lassen sich weiter belügen, nach Strich und Faden, ohne jegliche Skrupel. Von Wirtschaftsbossen genauso wie von unseren Politikern. Ex-*Audi* Chef Stadler ist ein gutes Beispiel: Lügen bis Gefängnis droht. Abgasskandal, Corona, Krieg und Klima. Schwer zu verstehen, aber alles derselbe Hintergrund, dasselbe Kapital, das hier am Wirken ist. *BlackRock* & Co. lassen grüßen. Lügen haben kurze Beine.

Wir sind nicht nur die 99 Prozent, wir sind der Staat, das haben zu viele vergessen oder verdrängt. Wir sollten endlich zusammenhalten und dieser unsäglichen, vorsätzlich kriminellen und korrupten Politik das notwendige Ende verpassen. Wir sind nicht wichtig, das Wir ist wichtig.

Es braucht einen großen Reset, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel made in Germany!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

US-Bankenkrise & CBDCs

Über das geplante Ende der neoliberalen Epoche | Von Ernst Wolff

Es gibt drei Dinge, die man wissen muss, um die US-Bankenkrise zu verstehen: • Sie fällt in die Endphase des bestehenden globalen Finanzsystems.

- Sie ist tiefer und schwerer als die Weltfinanzkrise von 2007/08 und...
- ... sie ist gewollt, wird vorsätzlich verschärft und bietet den Verantwortlichen die Chance, uns allen ein neues Geldsystem aufzuzwingen.

Beginnen wir mit Punkt 1, dem Zerfall unseres globalen Finanzsystems:

Das bestehende System wird seit der Weltfinanzkrise von 2007/08 durch die von BlackRock beratenen Zentralbanken am Leben erhalten. Diese haben dazu allerdings nur zwei Mittel: Geldschöpfung und Zinssenkung. Da beide auf Dauer zur Zerstörung des Systems führen, hat man ab 2015 versucht, das Ruder herumzureißen und – beginnend in den USA – die Geldmenge nach und nach reduziert und die Zinsen – zunächst sehr vorsichtig – wieder angehoben.

2018 ist man mutiger geworden, hat die Zinsen vier Mal um 0,25 Prozent heraufgesetzt und damit ein Desaster provoziert: Zu Weihnachten 2018 haben die Aktienmärkte weltweit den stärksten Einbruch seit 80 Jahren verzeichnet.

Das heißt: Spätestens seit Anfang 2019 steht unwiderruflich fest: Die Tage des globalen Finanzsystems, das der Welt nach dem 2. Weltkrieg von den USA aufgezwungen wurde, sind gezählt.

Die Konsequenz, die man daraus gezogen hat: Man setzt auf ein völlig neues Geldsystem, das ausschließlich auf digitalem Zentralbankgeld basiert. Das entwickelt man allerdings weitgehend hinter dem Rücken der Öffentlichkeit, weil es sich bei diesem neuen Geld nicht nur um ein Zahlungsmittel handelt, sondern auch um ein Herrschaftsinstrument, das uns alle vollständiger Kontrolle durch die Zentralbanken und die wichtigste hinter ihnen stehende Kraft *BlackRock* unterwirft und damit das Ende aller finanziellen Freiheit und das Ende jeglicher Demokratie bedeutet.

TIEFE UND SCHWERE DER AKTUELLEN US-BANKENKRISE

Während der globale Medienapparat sich alle Mühe gibt, das Ausmaß der aktuellen Krise herunterzuspielen, sprechen die Fakten eine andere Sprache: Beim Zusammenbruch der Silicon Valley, der Signature und der First Republic Bank handelt es sich um den zweit-, dritt- und viertgrößten Bankenzusammenbruch in der US-Finanzgeschichte. Die Vermögenswerte dieser drei Banken sind höher als die der 25 größten 2008 in der Weltfinanzkrise zusammengebrochenen Banken.

Dass zwischendurch mit der Credit Suisse auch noch eine der 30 als too big to fail (dt. Zu groß um scheitern zu dürfen) eingestuft systemrelevanten Banken gerettet werden musste, zeigt, dass wir es im Finanzwesen nicht mit einem vorüberziehenden Gewitter, sondern mit einem ausgewachsenen Orkan zu tun haben.



Plakat in Hannover am 13. Mai 2023. Foto: Georgi Belickin

DIE VORSÄTZLICHE VERSCHÄRFUNG DER KRISE

Die von der Fed in der vergangenen Woche beschlossene Erhöhung des Leitzinses auf 5 bis 5,25 Prozent zeigt: Man heizt die Bankenkrise ganz bewusst weiter an und sorgt dafür, dass noch mehr regionale US-Banken in Schwierigkeiten geraten.

Das wiederum wird den Konzentrationsprozess im Bankgewerbe vorantreiben und Großbanken wie JPMorgan in die Karten spielen, hinter den als Großaktionäre *BlackRock* und *BlackRocks* Hauptaktionär Vanguard stehen.

Wir sehen also: Alles, was sich abspielt, folgt im Grunde einer Art Drehbuch, bei dem die Großen die Kleinen fressen. Aber das ist noch lange nicht alles. Es gibt nämlich ein Detail, über das man so gut wie nichts hört, weil Medien und Politik einfach darüber hinweggehen, das sich aber als wegweisend entpuppen könnte:

Bei sämtlichen Bankrettungen ist nämlich auf das in den USA wie in Europa mittlerweile gesetzlich verankerte Bail-in, also eine Bankenrettung mit Einlegergeldern, verzichtet worden. Stattdessen hat die US-Einlagensicherung FDIC (Federal Deposit Insurance Corporation) alle Einleger auch über den garantierten Betrag von 250.000 Dollar hinaus entschädigt und darüber hinaus eine öffentliche Diskussion begonnen, den Betrag in Zukunft gar nicht mehr zu begrenzen und Einlagen grundsätzlich in voller Höhe zu garantieren.

Diese offensichtlich zur Beruhigung der Bevölkerung entfachte Diskussion sollte einen hellhörig machen, denn die Mittel der FDIC sind begrenzt. Ihrem letzten Quartalsbericht vom 15. April zufolge verfügt sie nur noch über 128 Mrd. Dollar, also nicht einmal genug Geld, um auch nur 2% der Anlegergelder in den USA zu garantieren.

WAS KANN KOMMEN?

Wie also soll die FDIC reagieren, wenn es zu weiteren Bankenzusammenbrüchen kommt? Genau genommen hätte sie zwei Möglichkeiten:

Möglichkeit Nr. 1: Sie könnte sich über einen vorhandenen Notmechanismus Geld vom US-Finanzministerium besorgen, das dieses sich wiederum durch die Herausgabe von Staatsanleihen an die Fed besorgen müsste. Das jedoch würde zu einem

gewaltigen Inflationsschub führen und die Zinserhöhungs- und Inflationsbekämpfungspolitik der Fed zunichte machen. Es gibt allerdings noch eine zweite Möglichkeit, von der bisher niemand spricht: Die US-Finanzbehörden könnten den Einlegern strauchelnder Banken nämlich mitteilen, dass ihre Vermögenswerte ihnen zur Vermeidung einer galoppierenden Inflation nicht mit herkömmlichem Geld, sondern nur in Form digitalen Zentralbankgeldes ausgezahlt werden könnten ...

Auf diese Weise könnte man das neue Geld, das die Mehrheit der Bevölkerung unter normalen Umständen mit Sicherheit nicht freiwillig akzeptieren würde, zum einen als eine Art Hilfsmaßnahme einführen, ihm also das positive *Image* des System-Rettens verpassen und zum anderen die größte Bankenkrise aller Zeiten auch noch zum eigenen Vorteil nutzen – und zwar nach dem Winston-Churchill-Motto »Niemals eine gute Krise ungenutzt verstreichen lassen«.

Die kommenden Wochen werden uns zeigen, wofür sich das digital-finanzielle Kartell um *BlackRock* und Co. als der wahre Akteur hinter den Zentralbanken entschieden hat.

Dieser Text erschien zuerst auf dem unabhängigen Journalismusportal *apolut.net*. Wir danken für die Möglichkeit des Abdrucks.

MELDUNG

WÄRMEPUMPEN BELIEBTES DIEBESGUT

Berlin/DW. In Deutschland häufen sich die Diebstähle von Wärmepumpen. Fälle wurden laut regionaler Medien u. a. in Steinburg (Schleswig-Holstein), Burgoberbach und Neumarkt (Bayern) sowie Wiesmoor (Niedersachsen) gemeldet. Die Schäden liegen oft im fünfstelligen Bereich und werden von den Versicherungen meist nicht übernommen. Da sich die Wärmepumpen nicht im Haus, sondern meist außerhalb davon befinden, seien sie gewöhnlich kein Bestandteil der Gebäudeversicherung. (kmü)

SONO MOTORS INSOLVENT

München/DW. Das Münchner *Start-up Sono Motors* wollte per *Crowdfunding* Solarautos bauen, stellte aber am 15. Mai beim Amtsgericht München einen sogenannten Schutzschirm-Antrag. Dies ist ein vorläufiges Insolvenzverfahren von dreimonatiger Dauer. Das Unternehmen muss dem Insolvenzgericht in dieser Zeit einen Sanierungsplan vorlegen. Grund für die finanziellen Nöte sind zu wenig Bestellungen. Die Interessenten für das Solarauto *Sion* müssen nun um ihr angezahltes Geld bangen. Das Unternehmen sammelte laut *Bild* von 21.000 Kunden Anzahlungen in Höhe von insgesamt 44 Millionen Euro ein. (kmü)

PROTEST IN PAKISTAN

Korruptionsvorwürfe, Militärs und Unruhe | Von Felix Feistel

Der ehemalige Premierminister von Pakistan und Vorsitzende der Oppositionspartei Gerechtigkeitsbewegung, Imran Khan, wurde am 9. Mai 2023 während eines Gerichtstermins in Islamabad verhaftet. Dort war er für die Verhandlung eines Falls von Veruntreuung von Geldern des Al-Qadir Trusts vorstellig geworden, wie es der Sender Al Jazeera mitteilte. Demnach waren für die Verhaftung des 70-jährigen Oppositionspolitikers Beamte der Antikorruptionsbehörde verantwortlich.

Der amtierende Innenminister Pakistans, Rana Sanaullah, erklärte, die Verhaftung erfolge aufgrund des Vorwurfes, den nationalen Finanzen Schaden zugefügt zu haben. Am 10. Mai wurde Khan dem Gericht in Islamabad zur Anhörung vorgeführt, wo seine Haft vorerst verlängert wurde.

Die Verhaftung Imran Khans führte zu Protesten seiner Anhänger. Besonders in der Region Punjab im Osten des Landes kam es zu Ausschreitungen, bei denen Fahrzeuge in Brand gesetzt wurden. Berichten zufolge gab es Tote und Verletzte. Auch Militäreinrichtungen wurden angegriffen. Die Regionalverwaltung setzte Soldaten ein, um die Aufstände niederzuschlagen. Über 1.000 Menschen wurden verhaftet.

Menschenrechtsorganisationen und die Vereinten Nationen verurteilten die Gewalt der Sicherheitsbehörden. Führende Köpfe von Khans Partei warfen der Regierung vor, in die Angriffe auf die Militäreinrichtungen involviert gewesen zu sein. Während der Proteste wurden auch soziale Netzwerke wie Facebook, Youtube und Twitter gesperrt. Die Sperre wurde auch nach dem Ende der Proteste nicht aufgehoben. Auch Schulen und Universitäten wurden geschlossen. Der ehemalige Abgeordnete der britischen Labour Partei Jeremy Corbyn nannte die Verhaftung Khans einen »dunklen Tag für die Demokratie«. Er rief zur Solidarität mit den protestierenden und

zur sofortigen Freilassung Khans auf.

Auch der Oberste Gerichtshof Pakistans schaltete sich ein und erklärte die Inhaftierung Khans für rechtswidrig. Er forderte die sofortige Freilassung, die kurz darauf erfolgte – auf Kaution. Doch Innenminister Rana Sanaullah hatte zuvor bereits angekündigt, dass Khan wieder verhaftet werde, sobald die Kaution aufgehoben wird.

ZUSCHÜTTEN MIT GERICHTSVERFAHREN

Die Verhaftung stellt die vorerst neueste Wendung eines monatelangen Machtkampfes innerhalb der pakistanischen Regierung dar. Zuvor hatte bereits im Anwesen Kahns in Lahore eine Hausdurchsuchung stattgefunden, der sich Khan selber allerdings hatte entziehen können. Zudem wurde er wegen Terrorismus angeklagt, nachdem einige seiner Anhänger vor einem Gerichtsgebäude, in dem Khan sich verantworten sollte, randaliert hatten.

Khan war im vergangenen Jahr durch ein Misstrauensvotum gestürzt worden, nachdem seine Partei entschieden hatte, mit der Opposition gegen ihn zu stimmen. Seitdem werden immer neue Vorwürfe gegen ihn erhoben. In über 100 Fällen muss er sich mittlerweile verantworten. Khan selbst vermutet, dass im Hintergrund das pakistanische Militär und die USA für seine Abwahl verantwortlich sind. Denn mit dem Militär hat er sich über Fragen der Außenpolitik im Laufe seiner Amtszeit entzweit.

Nachdem ihm aufgrund verschiedener Vorwürfe zunächst verboten worden war, für ein politisches Amt zu kandidieren, befindet er sich nun erneut im Wahlkampf für nationalweite Wahlen im Oktober. Die Aussichten stehen gut für ihn, denn Khan ist nach wie vor einer der beliebtesten Politiker des Landes. Nie zuvor hat ein pakistanischer Politiker mit einer so breiten Unterstützung das Militär herausgefordert, wie Khan es nun tut. Schon bei seiner Absetzung hatte es Proteste gegeben, doch die



Imran Khan beim Weltwirtschaftsforum 2020 in Davos.
Foto: gemeinfrei

Proteste sind nun aber laut Angaben der New York Times um einiges stärker.

Verschärft wird die Situation durch eine schwere Wirtschaftskrise, die das Land erfasst hat. So betrug die Inflation zuletzt 36,4 Prozent. Viele Menschen können deshalb ihre Grundbedürfnisse nicht mehr decken. Das Land steht am Rande der Zahlungsunfähigkeit und wartet noch auf Hilfskredite des Internationalen Währungsfonds (IWF), die jedoch an der Gesamtsituation wenig ändern.

Kurz vor Beginn der Unruhen hatte die pakistanische Regierung erklärt, Erdöl in Zukunft nicht mehr in US-Dollar, sondern in Yuan abrechnen zu wollen. Khan hat in seiner Amtszeit den Westen mehrfach herausgefordert. So war er am 24. Februar 2022 nach Moskau gereist und hatte auch die EU für eine Resolution zur Verurteilung des Vorgehens Russlands in der Ukraine kritisiert. Washington weist den Vorwurf der Einmischung jedoch zurück, und auch die pakistanischen Sicherheitsdienste und Militärs sehen keinerlei Anzeichen dafür.



Felix Feistel ist studierter
Rechtswissenschaftler mit dem
Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

USA mal wieder pleite

Die Welt geht einfach weiter, wenn die Behörden zumachen | Von Felix Feistel

In den USA ringen Demokraten und Republikaner um die Anhebung der Schuldenobergrenze des Landes. Diese liegt derzeit bei 31,4 Billionen US-Dollar. Ist die Schuldengrenze erreicht, ist es der Regierung des Landes gesetzlich verboten, neue Schulden aufzunehmen. Es droht die Zahlungsunfähigkeit.

Wie jedes Land der Welt müssen auch die USA regelmäßig neue Schulden aufnehmen, um alte bezahlen zu können. Schon im kommenden Monat, Juni 2023, könnte das Szenario der Zahlungsunfähigkeit drohen. Daher verhandeln Demokraten und Republikaner nun um eine Anhebung. Die Demokraten sind hierbei auf die Zustimmung der republikanischen Opposition im Kongress angewiesen. Diese stimmt einer Erhöhung aber nur unter der Bedingung zu, dass gleichzeitig drastische Einsparungen im Haushalt vorgenommen werden.

Diese wiederum lehnt die »demokratische« Biden-Administration mit der Begründung ab, man wolle über den Haushalt separat verhandeln. Die Republikaner wiederum haben für die Haushaltsverhandlungen mit dem drohenden Zahlungsausfall der USA ein wirksames Druckmittel in der Hand.

US-Präsident Joe Biden bezichtigt die Republikaner, das Land als Geisel zu nehmen. Millionen von Jobs stünden auf dem Spiel, sollten die USA aufgrund des Zahlungsausfalls in eine Rezession rutschen. Ökonomen des Weißen Hauses errechneten, dass ein Zahlungsausfall bis zu 8 Millionen Jobs kosten und bis zur Hälfte der US-amerikanischen Aktienwerte vernichten könne. Auch US-Finanzministerin Janet Yellen appellierte an den Kongress, die Schuldenobergrenze so schnell wie möglich zu erhöhen und warnte vor einer »Katastrophe«. Die USA geraten immer wieder an die Grenze der Zahlungsunfähigkeit. Alle paar Jahre

erreichen sie die Schuldenobergrenze, und müssen diese daher erhöhen. Dabei kommt es erwartbar immer zu Auseinandersetzungen zwischen Demokraten und Republikanern. Zuletzt musste im Herbst 2021 ein sogenannter Shutdown von Behörden abgewendet werden. Allein in der Amtszeit von Donald Trump gab es drei Haushalts-sperren, von denen eine zum Jahreswechsel 2018/19 mit 22 Tagen den bisher längsten Regierungssshutdown zur Folge hatte.

Mehrere staatliche Behörden blieben geschlossen; bis zu 800.000 Beschäftigte, das sind insgesamt ein Viertel aller Bundesbeschäftigten, waren von der Blockade betroffen. Ihre Löhne wurden nicht gezahlt, viele von ihnen mussten trotzdem unbezahlt weiterarbeiten. Die Ratingagentur Standard & Poor's berechnete, dass die insgesamt 35 tägige Haushaltssperre die amerikanische Wirtschaft etwa 6 Milliarden Dollar kostete.

MELDUNG

YOUTUBE SPERRT GRÖSSTE OPPOSITIONSPARTEI ÖSTERREICHS

Wien/DW. Die vom Mainstream als rechtspopulistisch geframte FPÖ könnte mit ihrem Chef Herbert Kickl den kommenden Bundeskanzler Österreichs stellen. In aktuellen Umfragen liegt die Noch-Oppositionspartei seit Monaten klar an der Spitze und ist Youtube damit nun offenbar zu gefährlich geworden. Die Folge: Der Streamingdienst verhängte gegen den FPÖ-Kanal, der mehr als 194.000 Abonnenten hat, eine vorübergehende Sperre, die den Upload neuer Videos verhindere. Wie die Weltwoche berichtet, sei der Zeitpunkt der Sperrung wohl kein Zufall. Spätestens im Herbst 2024 wird in Österreich das nationale Parlament neu gewählt, dies könne aber auch bereits früher geschehen, da die amtierende Regierung aus ÖVP und Grünen schwer angeschlagen und kaum noch funktionsfähig sei. Auch Kickl selbst erklärte in einer Videobotschaft, dass die Freiheitlichen »den Mächtigen und dem System wohl zu unbequem geworden« seien. (kmü)

WEITERES US-MILITÄRHILFSPAKET FÜR UKRAINE

Arlington/DW. Das Pentagon kündigte an, der Ukraine ein weiteres Militärhilfspaket im Wert von 1,2 Milliarden Dollar zur Verfügung zu stellen. Es beinhaltet unter anderem Luftabwehrausrüstung und -munition, 155-Millimeter-Artillerie und Drohnenabwehrgeschosse. Insgesamt haben die USA der Ukraine bereits mehr als 75 Milliarden US-Dollar an Unterstützungsleistungen zur Verfügung gestellt. (ff)

ARABISCHE LIGA STIMMT FÜR AUFNAHME VON SYRIEN

Kairo/DW. Wie mehrere Medien übereinstimmend berichten, hat die Arabische Liga dafür gestimmt, Syrien wieder aufzunehmen. Voraussetzung war, dass Präsident Assad den Weg für eine neue Verfassung und für Wahlen freimacht. Zudem soll er den Drogenhandel in den Nachbarstaaten wirksamer bekämpfen. Das Land war 2011 ausgeschlossen worden, weil Assad vorgeworfen worden war, seine eigene Bevölkerung brutal zu bekämpfen. Die Wiederaufnahme ist nur der letzte Schritt in einer längeren Phase der Wiederannäherung der arabischen Staaten, die bereits 2018 begann. (ff)

VISUMSPFLICHT FÜR GEORGIER ABGESCHAFFT

Moskau/DW. Die russische Regierung hat die im Jahr 2000 eingeführte Visumpflicht für georgische Staatsbürger abgeschafft. Einen entsprechenden Erlass unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin. Georgier dürfen sich nun für bis zu 90 Tage in Russland aufhalten, ohne ein Visum beantragen zu müssen. Auch die Direktflüge zwischen den beiden Ländern sollen wieder aufgenommen werden. Das russische Außenministerium hob zudem eine Reisewarnung für den südlichen Nachbarn auf. (ff)



Der Autor Flo Osrainik. Foto: Rubikon/gemeinfrei

Beim Gipfel des Weltwirtschaftsforums in Davos erfährt man so einiges über die Zukunft. Nur nicht im Mainstream. Der filtert das Spannendste für gewöhnlich raus oder gibt dem Ganzen, wenn, dann einen ganz anderen Drall. Damit wir nicht erschrecken oder rebellieren.

So wird zum Beispiel rausgefiltert, wenn der israelische Historiker und Autor Yuval Noah Harari über den Aufstieg digitaler Diktaturen durch Konzerne und Regierungen, die bald in der Lage sein würden, alle Menschen systematisch biologisch zu *hacken*, schwärmt und schwadroniert. Das funktionieren dann mithilfe der Biotechnologie und jeder Menge Überwachung laut Harari so:

Mit biometrischen Sensoren würden Prozesse im Körper und Gehirn weitergegeben werden und zu elektronischen Signalen, die dann von Computern gespeichert und analysiert werden. Wenn nun genügend biometrische Informationen und Ressourcen vorliegen, ließen sich Algorithmen herstellen, die einen besser kennen als Mann oder Frau sich selbst. Harari wusste, bis er Anfang zwanzig war, ja selbst nicht, dass er homosexuell ist. Oder dann wurde. Es habe gedauert, das herauszufinden. In zehn oder zwanzig Jahren könne aber ein Algorithmus jedem Teenager sagen, wo er oder sie sich im sexuellen Spektrum befinde, egal, wie formbar die Kinder und Jugendlichen da noch sind.

Die Algorithmen verfolgen Augenbewegungen, Blutdruck, Gehirnaktivitäten und weiß der Kuckuck was noch alles, um einem dann zu sagen, wer oder was man ist. Weil man selbst vielleicht zu blöd ist? Das müsse man nicht mögen – na, vielen Dank, Harari, das werde ich auch nicht –, aber selbst wenn man sich dem im Privaten noch entziehen möchte oder könne, vor Amazon, Alibaba oder der Geheimpolizei sei das dann nicht mehr möglich. Weil der Algorithmus eben alles beobachte. Im Internet zum Beispiel. Man wird Sie *hacken* und die gestohlenen Daten weitergegeben. Ob aus kommerziellen oder ganz anderen Gründen wird die Psyche angezapft, um Ihre Gefühle und Ihr Verhalten zu manipulieren. Und vergessen Sie es bloß nicht: Der Algorithmus kennt Sie besser.

Harari geht sowieso von einer industriellen Revolution aus, in der die Produkte »keine Textilien, Maschinen oder Waffen«, sondern Menschen seien.

»Wir lernen jetzt, Körper und Geist herzustellen. Körper und Geist werden die beiden

»LÜGEN, LÜGEN

Exklusiver Vorabdruck aus dem neuen Buch des Be

Hauptprodukte. Und der Unterschied zwischen jenen, die Körper und Geist produzieren können, und jenen, die das nicht können, wird größer sein als alles, was wir je in der Geschichte gesehen haben. Wer jetzt nicht in der Lage ist, mit dieser Revolution Schritt zu halten, wird sehr wahrscheinlich aussterben! Wenn man weiß, wie man Körper und Geist herstellt, wird billige Arbeitskraft in Afrika oder Asien oder sonstwo völlig wertlos sein.«

Deshalb, so Harari: »Was macht man mit all diesen unnützen Menschen?« Nahrung sei ja nicht das Problem. »Mit einer solchen Technologie kann man auch genug Nahrung herstellen, um alle satt zu kriegen. [...] Wie können sie etwas finden, was ihrem Leben [dem der unnützen Menschen] Sinn gibt? Wo sie doch im Kern bedeutungslos sind. Wertlos.« Das sagt Harari. Und vermutlich meint er es genau so.

DER NEUE MENSCH DER KONZERNE

Von der sogenannten Gen-Editierung, die ja ganz neue Möglichkeiten eröffnen kann, nicht nur für die Wissenschaft, ist der Harari-Pate Schwab übrigens auch ganz begeistert. Er nennt das dann die »vierte industrielle Revolution«. So sagte der Transhumanist Schwab in einem Interview mit dem US-Moderator Charlie Rose im Jahr 2015: »Sie [die Gen-Editierung] verändert nicht das, was du tust, sondern sie verändert das, was du bist. Wenn du eine Genom-Editierung vornehmen lässt, um ein Beispiel zu nennen. Dann bist du derjenige, der sich verändert. Und das hat natürlich einen großen Einfluss auf deine Identität.« Nun könne das durchaus zu ethischen und sogar rechtlichen Problemen führen, etwa wenn es um den Menschen gehe und was ihn ausmache. Und genau das sei »das Problem«. Doch, so Schwab, »darauf müssen wir vorbereitet sein. Und das ist das, was wir nächstes Jahr in Davos tun werden.« Schwab schrieb ja fast schon begeistert und prophetisch im seinem Corona-Umbruchsbüchlein, dass es »notwendig« sei, enge menschliche Kontakte zu minimieren. Zumindest am Arbeitsplatz. Am besten dauerhaft. für ihn nicht zu nahe kommen dürfen oder bereit sind, ihre Interaktionen zu reduzieren«. Für ihn, den WEF-Klaus,

eignen sich Automatisierungstechnologien auch »besonders gut für eine Welt, in der sich Menschen nicht zu nahe kommen dürfen oder bereit sind, ihre Interaktionen zu reduzieren«. Aus Furcht vor einem Virus zum Beispiel. Er, Schwab höchstpersönlich, hat die grundlegende Umgestaltung der Welt, den »Great Reset«, im November 2022 vor Regierungschefs der mächtigsten Industrienationen angekündigt. Beim G20-Gipfel auf Bali sagte er:

»Was wir tatsächlich angehen müssen, ist eine tiefe systematische und strukturelle Restrukturierung unserer Welt. Und das wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Und die Welt wird anders aussehen, nachdem wir durch diesen Übergangsprozess gegangen sind.«

Der Apologet droht offen, dass wir die Welt in zehn Jahren nicht wiedererkennen würden. Er ist überhaupt ganz stolz darauf, immer mehr Einfluss auf die globale Politik und Großkonzerne nehmen zu können. Wenn der Globalist in etwa prahlt, wie seine Organisation »in die Kabinette der Regierungen eingedrungen ist«. (...)

AB INS BLINKENDE GEFÄNGNIS

Im britischen Oxfordshire werden nach den WEF-Vorstellungen Modelle für eine »15-Minuten-Stadt« erstellt. Wozu zum Beispiel auch schon bald gehören könnte, wie oft man die durch elektronische Tore getrennten Zonen verlassen darf, was dann als Freiheit gelten soll. Etwa um Verwandte oder Freunde am anderen Ende der Stadt zu besuchen. So wie in den *Science-Fiction*-Serien und -Filmen, die genau solche Zukunftsbilder liefern. Dann hat man das ja schon einmal gesehen. Also vergessen wir das Gerede von Freiheit und Demokratie am besten.

Und Tony Blair, der britische Ex-Angriffskrieger, der zwar nie auf der Anklagebank in Den Haag, dafür aber Anfang des Jahres 2023 beim WEF Platz nahm, forderte dort ja eine komplett digitale Infrastruktur. Einfach überall. Um die Menschen besser zu kontrollieren. Tony will nämlich wissen, wer geimpft ist und wer nicht. Nun gut, auch das britische Regime schaut gerne unter Decken, man denke nur an

das Verbot von Sex für Menschen, die nicht in einem Haushalt leben, während der Corona-Pandemie. Und dass das WEF spätestens seit »Event 201« zusammen mit den Gates und Rockefellers tief im Corona-Sumpf steckt, biometrische Identitätsüberwachung fordert und fördert, sich sein Staatspersonal heranzüchtet, geschenkt.

Wir leben scheinbar in einer total verkehrten, weil schon sehr schwer erträglichen fremdbestimmten Welt: Wo es Demonstrationen, Farbbeutel, Belagerungen, Besatzungen, Blockaden, Boykotts, Streiks und Aufstände ohne Ende geben müsste, werden unschuldige, vernünftige, verständnisvolle, gesunde und in purer Notwehr handelnde Menschen durch den Dreck gezogen, gekündigt, erpresst, bedroht, aus- oder eingeschlossen, kriminalisiert, zusammengeschlagen, verurteilt und in den Selbstmord getrieben. Vom *Mainstream* der Politik. Vom *Mainstream* der Medien. Vom *Mainstream* der Straße. Und als Beweis ihrer geistigen Verarmung fällt den Gehirngewaschenen nichts Besseres ein, als sich zu *High-Tech*-Sklaven machen zu lassen. Mit Mikrochip-Implantaten unter der eigenen Haut zum Senden und Empfangen von Radiowellen. Für den *Mainstream* der Konzerne, und das aus lauter Bequemlichkeit. Denn so könne man ja noch einfacher öffentliche Verkehrsmittel nutzen, noch bargeldlos zahlen, noch schneller schlüssellosen Zugang zu Wohnungen, Büros und Fitnessstudios bekommen oder noch digitaler den Impfnachweis vorlegen, um fleißig Punkte für ein stromlinienförmiges Verhalten zu sammeln. Der eigene Kopf dient dann bloß noch zum Essen, Trinken, Schminken, Frisieren, *Liken*, Nachplappern und, ach ja, zum Identifizieren.

DIE VERSCHMELZUNG DER STAATEN MIT DEN KONZERNEN

Der französische Ökonom, Soziologe und Anarchist Pierre-Joseph Proudhon hätte sich diesen Schlag moderner Schwachköpfe wohl nicht einmal in seinen kühnsten Träumen ausdenken können. Trotzdem war ihm auch schon ohne Überwachungstechnik im 19. Jahrhundert klar:

»Regiert zu werden bedeutet, beobachtet, untersucht, ausgeforscht, beauftragt,

DIGITALÜBERWACHUNG, BIOPOLITIK
UND KONZERNHERRSCHAFT:
Computer-Rentner Bill Gates, James Bond-Bösewicht Klaus Schwab, Hausautor des WEF Yuval Noah Harari und WHO-Boss Tedros Adhanom Ghebreyesus (v. l. n. r.) arbeiten an einer Schönen neuen Welt für sich und ihre Freunde.
Fotos: Commons.



N, LÜGEN«

Bestseller-Autors Flo Osrainik

untergeordnet, befohlen, benannt, unterwiesen, beschwatzt, überwacht, besteuert, geprüft, beschränkt und herumgeschickt zu werden von Männern, die dazu weder das Recht und das Wissen noch die Tugend haben. Das ist Herrschaft, das ist ihr Recht und ihre Moral.«

Gesichts- und Kennzeichenerkennung auf jeder Straße oder vor jedem Hauseingang, Überwachungsdrohnen in der Luft und Mikrochips im Körper, *Smartphone*- und QR-Code-Zwang, Handy- und Fahrzeugortung, elektronisches Geld als einziges Zahlungsmittel. Analoge Alternativen, geschweige denn Privatsphäre und Grundrechte spielen keinerlei Rolle mehr, sind abgeschafft. So sehen sie aus, die Fantasien und Pläne der kommunistisch-kapitalistischen Oligarchen, ihrer Denkfabriken, Parteizentralen und Lügenministerien. Es ist die Verschmelzung der Herrschaft gieriger Konzerne, übler Staaten und Autokraten. Und die Freiheit, die findet sich dann höchstens noch als Eintrag in einem der Wörterbücher aus besseren Zeiten. Am besten geht das alles mit digital-biometrischen Identitäten. Das weiß man auch beim WEF, in China oder bei den *US-Big-Tech*-Konzernen. Wer da nicht mitmacht, der ist raus und wohl auch staatenlos. Aber damit hat der verängstigte und paranoide Durchschnittsbürger ja kein Problem, wie es die Corona-Pandemie auf erschreckende Weise gezeigt hat.

Ob Moderatoren, Kolumnisten, Schauspielsternchen, Fernseh-Witzfiguren, Konzern- und Verbandsvertreter, Fußballbosse und -trainer, Weltärztepräsidenten, Ethikräte, Krankenhausleiter, Spendenverteiler, Oberjuristen und Verfassungsrechtler, Gewerkschafter, Großlogenvertreter, Bürgermeister, Staats- und Ministerpräsidenten sowie Oppositionsführer aller Länder und Himmelsrichtungen oder der Nachbar- und Verwandtenkreis, sie alle haben mitgemacht und werden es auch, so steht zu befürchten, in Zukunft wieder tun.

SIND SIE AUCH
RECHT ARTIG GEWESEN?

Neben Großbritannien zählt China zu den Ländern mit der höchsten Dichte an Überwachungskameras in Bezug auf die Bevölkerungszahl. Im Reich der Mitte liegt der

orwellische Überwachungstotalitarismus ja sowieso (noch) in Führung. Das Sozialkreditsystem, ein digitales Rating-System zur Kontrolle des sozialen und politischen Verhaltens der Bürger, ist dort in Teilen schon verpflichtend eingeführt, während es andernorts, etwa in der EU, erst noch getestet wird.

Am 14. Juni 2012 brachte der Staatsrat der sogenannten Volksrepublik China das »Planungsvorhaben für den Aufbau eines sozialen Bonitäts-Systems« auf den Weg, um »die Ehrlichkeit und Qualität der Nation« und eine harmonische sozialistische Gesellschaft zu fördern. Noch im selben Jahr begann die Implementierung, es wurde ein Hauptplan erstellt, gefolgt von Plänen für die einzelnen Provinzen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung schreibt über das chinesische Sozialkreditsystem im Dezember 2022:

»In einer einzigen Datenbank sollten fiskalische und Verwaltungsdaten, aber auch Verkehrsdelikte bis hin zu nachbarschaftlichem Verhalten und Social-Media-Aktivitäten gespeichert werden, um letztlich in einer einzigen Zahl zu resultieren: dem öffentlich einsehbaren sozialen Koeffizienten aller Chinesinnen und Chinesen.«

Außerdem wurde damals angekündigt, »dass jeder Bürger und jedes Unternehmen bis zum Jahr 2020 eine eindeutige und landesweit gültige ID sowie einen Score erhalten würde. Die Punktzahl würde die finanzielle und wirtschaftliche Vertrauenswürdigkeit des Inhabers anzeigen, aber auch Sozialverhalten und politische Loyalität sollten in die Kennzahl einfließen.« Vorrangig geht es also um Verlässlichkeit im Geschäftsleben. Hintenrum vielleicht dann doch um Umerziehung und Kontrolle. Immerhin sei China fraglos weltweit führend sowohl bei der ökonomischen Ausbeutung von Big Data, in erster Linie durch die Digitalkonzerne als auch in ihrer Nutzung zur gesellschaftlichen Kontrolle und Organisation. Die Beherrschung der Corona-Pandemie und die Organisation der Null-Covid-Strategie mit ihren massenhaften *Lockdowns* durch die Hilfe digitaler Systeme hat nochmals eindrücklich gezeigt, wie wichtig digitale Technologien für die Alltags-Governance geworden sind. Mitte 2022 November legten chinesische Stellen auch einen gemeinsamen Gesetzentwurf vor, der zum Ziel hat, bestehende vormals isolierte Punktesysteme zu vereinigen. Ausdrücklich ist von einem zentralisierten Kreditauskunftssystem und einheitlichen Sozialkreditnummern die Rede.«

UNSERE HERRSCHER UND
IHR EINSAMER TRAUM VON CHINA

Und der Medien-*Mainstream* im Westen und seine Rockefeller beworben nun zwar nicht gerade China, denn die Chinesen zählen ja global zu den größten Bösewichten und taugen höchstens für den Handel »Made in China«, dafür aber die autoritäre chinesische Rundumüberwachung. So erfahren wir im transatlantisch-deutschen Staatsfunk *tageschau* im Juli 2021 zum Beispiel:

»Wer mitmacht und sich an alle Regeln hält, bekommt *online* einen Discount – dank eines Sozialbewertungssystems. Wo sich Deutsche fürchten, sehen laut Umfragen die meisten Chinesen Vorteile: Wenn Algorithmen jeden Bürger an seinem Gesicht, seiner Sprache und sogar an seinem Gang lokalisieren können, haben Raser und Rüpel, Betrüger und Verbrecher keine Chance.«

Nur die Freiheit, Grundrechte und Individualität eben auch nicht! Anstatt andere Meinungen aufwendig zu bekämpfen und die Kritiker zu inhaftieren, will das Auf-die-Knie-Regime von Peking den Bürgern durch Belohnung oder Sanktionierung mit sozialen Punkten einen Anreiz geben, sich rein vorsorglich unterwürfig und systemkonform im Glitzer-Konsum-Verdummungs-Alltag zu vergnügen und wie gewünscht fernsteuern zu lassen.

So könnte auch bei uns einfach jedes Fehlverhalten über das Sozialkreditsystem sanktioniert und rigoros bestraft werden: die kriminalisierte Verwendung von Bargeld, alternative Zahlungsarten wie die Teilnahme an Tauschringen, zu viele Schulden und auch schon ein kleiner Zahlungsrückstand, das Laufen über eine rote Ampel, der Besitz eines Fahrzeugs mit Verbrennungsantrieb, ein zu hoher CO 2-Verbrauch oder ein zu tiefer Blick ins Glas, die falsche Lebensweise und Ernährung, die Verbreitung unerwünschter Informationen und Meinungen, nicht gesetzte Gender-Stacheldrähte zur Zersetzung der Sprache, die Teilnahme an Demonstrationen, verbotenen Spaziergängen oder auch nur Gedanken an Rebellion und überhaupt der Umgang mit den völlig falschen Leuten, ein fehlender Impfnachweis, die Missachtung von Ausgangssperren und Kontaktverboten auch im Privaten.

Wer sich nicht konform verhält, also ein zu niedriges Punktelevel hat, der muss mit Einschränkungen im alltäglichen Leben rechnen, bekommt keine Leistungen und keinen Ausbildungsplatz, hat keine Arbeit, kein Konto und auch bald keine Freunde mehr, wird gesellschaftlich geächtet, überlebensunfähig und ist stehend am Ende. Gerade das fasziniert die Regenten, Oligarchen und Hinterzimmer-Psychopathen ja daran. Wie tragisch und erbärmlich!

🗣 Interview mit dem Autor, Seite 14



Das Buch »Lügen Lügen Lügen« von *Spiegel*- und *DW*-Bestseller-Autor Flo Osrainik erscheint am 12. Juni 2023 im *Rubikon-Verlag* und umfasst 384 Seiten. Es ist für 24,- Euro vorbestellbar unter www.buchkomplizen.de



Das Letzte – von Anselm Lenz

Liebe Leserinnen (m/w)!

Das schreibt die Regierungspostille FAZ: »Vom 18. bis zum 21. Mai soll die nationale, vielleicht sogar internationale Öffentlichkeit auf Frankfurt schauen, wenn nicht gleich zum Mitfeiern in die Mainmetropole kommen. Das zumindest ist der Wunsch von Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) und dem Chef der städtischen Tourismusgesellschaft TCF, Thomas Fedta.«

Das Regime will also unsere Revolution von 1848/49 für sich vereinnahmen. DW-Herausgeber Professor Rudolph Bauer wies darauf hin, dass an diesem Wochenende an unserer Frankfurter Paulskirche das besagte Fassadenfest abgehalten werden soll. Aus der Demokratiebewegung hörten wir, dass es Widerstand an Ort und Stelle geben werde.



Eingang in das Paulskirchenparlament von 1848/49. Bild: gemeinfrei.

In einer Drucksache des Bundestages vom 5. Mai 2023 werden die »Zahlungen der Bundesregierung an Medien und Influencer für Werbung, Anzeigen, Kampagnen und Informationsmaßnahmen« aufgeschlüsselt. Auf Print, also gedruckte Zeitungen, entfällt dabei der größte Anteil, nämlich rund 19 Millionen Euro im Jahr 2020, 71 Millionen Euro im Jahr 2021 und 46 Millionen Euro im Jahr 2022. Summiert ist das mehr als für Online-Medien, die in diesen drei Jahren knapp den zweiten Platz einnehmen.

Deutscher Bundestag			Drucksache 20/6676			
20. Wahlperiode			04.05.2023			
Zahlungen der Bundesregierung an Medien und Influencer für Werbung, Anzeigen, Kampagnen und Informationsmaßnahmen						
Jahr	Medien	Konten	Informationsmaßnahmen für Gewerkschaft (BRG)			
2020	Print	19.000.000,00	Bsp.	Kampagnen / Thema	Finanzierter Aufwand (einschließlich Honorar, Reisekosten, Verpflegung, etc.)	Maßnahmen
	TV	7.100.000,00				
	Radio	2.100.000,00				
	Internet	2.100.000,00				
	sonstige	2.100.000,00				
2021	Print	71.000.000,00	Gewerkschaften	Kampagnen / Thema	Finanzierter Aufwand (einschließlich Honorar, Reisekosten, Verpflegung, etc.)	Maßnahmen
	TV	2.100.000,00				
	Radio	2.100.000,00				
	Internet	2.100.000,00				
	sonstige	2.100.000,00				
2022	Print	46.000.000,00	Gewerkschaften	Kampagnen / Thema	Finanzierter Aufwand (einschließlich Honorar, Reisekosten, Verpflegung, etc.)	Maßnahmen
	TV	2.100.000,00				
	Radio	2.100.000,00				
	Internet	2.100.000,00				
	sonstige	2.100.000,00				

Bestechungsliste der Bundesregierung. Abbildung: Bundestag/gemeinfrei.

»Print wirkt!« und hat für das Regime ganz offensichtlich einen höheren Propagandawert als das Internet. Das hat Gründe: Schauen Sie sich mal an Tankstellen, Bahnhofskiosken, beim Bäcker und dem Zeitschriftenhändler an der Ecke um!

Seitdem diese Zeitung öffentlich angekündigt hat, dass sie bald an allen Kiosken in der Schweiz, in Österreich und in der BRD beziehbar sein wird (nachdem dies von den Vertriebsmonopolisten zweieinhalb Jahre lang verhindert worden war), geht ein neuer Ansturm an gemachten Problemen und Anfeindungen auf uns nieder, darunter die zwölfte Kontoschließung (Seite 10), bedrohliche Anrufe bei Familienangehörigen, merkwürdige »Angebote, die man nicht ablehnen kann« – und nicht zuletzt die Propagandaagentin der englischen BBC, die sich einfach nicht abschütteln lassen will (Seite 14).

Es gibt wirklich jeden Anlass, diese Zeitung – und genau diese Zeitung! – zu unterstützen. Bitte helfen Sie uns, indem Sie – wenn Sie es können und wollen – unseren Prozeßkostenfonds auffrischen und uns wieder Handlungsspielraum verschaffen: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus, IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64, BIC: WELADE D1UMP, Verwendungszweck: Crowdfunding DW.

Es ist dringend. Vielen Dank!

Anselm Lenz
Journalist, Verleger, Gründer der neuen Demokratie- und Friedensbewegung seit 28. März 2020



»SICH SELBST BEFREIEN UND ERMÄCHTIGEN!«

Interview mit Flo Osrainik | Von Hendrik Sodenkamp

DW: Herr Osrainik, in den Büchern »Corona-Dossier« und »Chronik einer Abrechnung« haben Sie sich detailliert mit der Corona-Lüge auseinandergesetzt und für Ihr neues Buch recherchiert, woher diese »Herrschaft der Lüge« kommt. Erzählen Sie bitte!

Flo Osrainik: Es hat einzig mit der Herrschaft von Menschen über Menschen zu tun. Das beginnt beim König von Gottes Gnaden und reicht bis zur Lüge, dass in der sogenannten repräsentativen Demokratie der Parteien und Präsidenten das Volk das Sagen hätte. Daraus muss man Konsequenzen ziehen, anstatt sich dieser etablierten Ungerechtigkeit immer wieder zu beugen. Jeder mit einem Mindestmaß an Verstand und Courage muss diese Lügenorgien der Macht und ihrer Hofschanzen erkennen. Es muss ein neues Bewusstsein entstehen.

DW: Der Westen hat weltweit dermaßen an Glaubwürdigkeit eingebüßt, dass sich mittlerweile manche Deutsche eine Befreiung durch Russland wünschen. Halten Sie das für eine gute Option?

F.O.: Die Menschen sollen sich lieber selbst befreien und zwar auf dem ganzen Planeten. Was den imperialen, neokolonialen, aber auch so unerschütterlich selbstgerechten und verlogenen Pseudo-Werte-Westen betrifft: Die Welt wäre gewiss besser und gerechter, wäre sie von diesem Westen befreit – aber auch nur, wenn nicht eine neue Tyrannei und Fremdherrschaft dessen Platz einnimmt.

DW: Sollen wir noch ein paar YouTube-Tutorials zum Thema »So macht man Widerstand« gucken oder wie kommen wir aus diesem Albtraum raus?

F.O.: Wie gesagt: Jeder muss sich selbst befreien und ermächtigen. Das beginnt im Kopf und muss sich in Worten und Taten fortsetzen: Systemparteien, Massenmedien und *Mainstream*-konzerne boykottieren, nur direkte Demokratie stärken und akzeptieren, Zentralismus beenden, Unabhängigkeit fördern, Gruppen des Widerstands bilden, Paläste und Parlamente besetzen, Totalüberwachung bekämpfen, sich dem Wahnsinn entziehen und einfach nicht mehr mitmachen.

In Heerscharen aufklären, aufbegehren und rebellieren, damit es mit der Revolution der Anständigen und Wachen zur einzig legitimen Weltherrschaft – nämlich jene, die auf unsere Grund- und Menschenrechte basiert – reicht. Klappt das nicht, werden die kommenden Generationen neue digitale Konsum-Sklaven und Blutspender in Ketten aus Bits und Bytes. Die Freiheit könnte man dann höchstens noch in Büchern nachschlagen.

Also schlagen wir besser einen anderen Weg ein, denn so darf es nicht enden.

Guten Tag, hier spricht das *Empire*

Die BBC-Propagandistin Marianna Spring will einfach mal vorbei kommen | Von Anselm Lenz

In der vergangenen Ausgabe des DW berichteten wir von den Anquatschversuchen der BBC-Reporterin Marianna Spring, die unter anderem den deutschen Demokraten Samuel Eckert verleumdete. Auf unsere freundliche aber bestimmte Absage reagierte sie duzend und im lapidaren Ton. Wir dokumentieren die Kommunikation an dieser Stelle.

»Am 15.05.2023 um 18:24 Uhr schrieb Marianna Spring:

Hi Anselm,
ich wollte mich nur melden, nachdem ich mein Interview für diesen Podcast mit Darren Nesbitt, dem Herausgeber der britischen Zeitung *The Light*, geführt habe. Das Interview hat für alle Beteiligten sehr gut funktioniert. Ich hatte die Möglichkeit, Darren Fragen zu stellen und er konnte mich auch für seine Publikation interviewen. Ich bin sicher, dass er gerne mit Ihnen über seine Erfahrungen sprechen wird, und ich hoffe, dass es Sie ermutigt, ein Interview mit mir in diesem Format zu führen,

Am 15.05.2023 18:24 schrieb Marianna Spring:

Hi Anselm,

I just wanted to reach out having done my interview for this podcast series with Darren Nesbitt, the Editor of the UK paper, the Light. The interview worked really well for everyone involved. I had an opportunity to ask Darren questions and he was able to interview me for his publication too. I'm sure he'd be happy to talk to you about his experience, and I hope it might encourage you to do an interview with me that takes this format, where we can both ask each other questions.

I also appreciate your request that this interview is live. You are very welcome to broadcast it live on social media if you wish, so that the entire interview is available in real-time.

I'm happy to be held to account for my journalism and I would agree to an interview with you on that basis, as long as you are equally willing to be held to account. I imagine that as well as hearing from me, your readers would want you to answer the questions I have, so that your paper is thoroughly represented since I plan to cover it either way.

I want to be able to represent your answers and views - and would do so fairly and accurately, just as I hope you would mine. I can talk you through how I will do that if that helps too.

We plan to be in Berlin from on 23rd, 24th and 25th of May. We are looking to arrive around lunchtime on 23rd. Would you be open to doing the interview on any of those days? I could meet you in person beforehand or give you a call if you'd rather discuss further.

Best wishes,

Marianna

Die duzende Ansprache der BBC im Originalwortlaut. Foto: DW/Bildschirmfoto.

in dem wir uns gegenseitig Fragen stellen können. Ich schätze auch Ihre Anfrage, dass dieses Interview *live* ist. Wenn Sie möchten, können Sie es gerne *live* in den sozialen Medien übertragen, so dass das gesamte Interview in Echtzeit verfügbar ist.

Ich bin gerne bereit, für meinen Journalismus zur Rechenschaft gezogen zu werden, und ich würde einem Interview mit Ihnen auf dieser Grundlage zustimmen, solange Sie ebenso bereit sind, zur Rechenschaft gezogen zu werden. Ich kann mir vorstellen, dass Ihre Leser nicht nur von mir, sondern auch von Ihnen die Beantwortung meiner Fragen erwarten, damit Ihre Zeitung umfassend repräsentiert wird, da ich so oder so über sie berichten werde.

Ich möchte in der Lage sein, Ihre Antworten und Ansichten wiederzugeben - und ich würde dies auf faire und genaue Weise tun, so wie ich hoffe, dass Sie es mit meinen tun würden. Ich kann mit Ihnen besprechen, wie ich das machen werde, wenn das hilft.

Wir planen, am 23., 24. und 25. Mai in Berlin zu sein. Wir werden voraussichtlich um die Mittagszeit am 23. ankommen. Wären Sie bereit, das *Interview* Interview an einem dieser Tage durchzuführen? Ich könnte Sie vorher persönlich treffen oder Sie anrufen, wenn Sie sich lieber vorher noch besprechen möchten.

Mit freundlichen Grüßen
Marianna

Meine Antwort am 16.05.2023 um 16:16 Uhr:

Sehr geehrte Marianna Spring, ich grüße Dich herzlich und kollegial, muss Dir aber sagen, dass ich es schon erstaunlich finde, wie viel Aufwand Du in Dein »Angebot« auf ein Interview der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand* (DW; Democratic Resistance) mit der umstrittenen *BBC* steckst. Ist es eines dieser Angebote, die man nicht ablehnen kann? (Vergleiche »Der Pate«.)

Nun, ich hatte Dir ja auf Deine erste E-Mail ausführlich begründet und höflich – aber eindeutig – abgesagt. Schon vor unserem Erstkontakt hattest Du dutzende Personen aus meinem professionellen und privaten Umfeld angeschrieben und sie teils angerufen, darunter meine hochschwangere Ehefrau Louise. Gemeinsam erwarten wir dieser Tage unser zweites Kind. Wir sind, wie Du ja seit Längerem weißt, Marianna, ein britisch-deutsches Ehepaar.

Du schreibst mir nun, Du kommst nach Berlin und ich könne Dich quasi schon mal am 23. Mai 2023 vom Flughafen abholen, schließlich wolltest Du hier bei uns mit einer ganzen Anzahl an DW-Leuten sprechen. Das ist ein wunderbares Angebot, für das ich sehr danke, Marianna. Ich würde aber vorschlagen: Wir kehren das Verhältnis einfach mal um.

Marianna, ich komme nach London!

Zuvor werde ich noch mit Deinem Lebenspartner/-partnerin telefonieren und ein paar Dutzend Deiner KollegInnen in Deiner *BBC*-Redaktion *anchatten* und anrufen. Mich interessiert eigentlich alles an Dir und Deiner Arbeit bei der

➡ Fortsetzung auf Seite 15

Neu! VERANSTALTUNGSKALENDER

20.05.2023 • Karlshagen; Haus des Gastes, Hauptstr. 4, 17449 Karlshagen • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • Einlass ab 19.30 Uhr • Tickets: 15 Euro unter kabarett-musik.de

20.05.2023 • Naumburg; Marktplatz, Kulturpavillon • KONZERT • »Der stille Tanz« von und mit Lüül Trio • ab 19:00 Uhr • Eintritt frei

20.05.2023 • Wolfenbüttel; Schlossplatz • AUSSTELLUNG • »Galerie des Grauens« von Peter Ganz • 10 bis 18 Uhr • Eintritt frei

23.05.2023 • Berlin; Literaturhaus Berlin, Fasanenstr. 23, 10719 Berlin • GESPRÄCH • »Grundsetzlich« Dieter Grimm und Nora Bossong im Gespräch mit René Schlott • 19 Uhr • Tickets: 8€, ermäßigt 5€ unter literaturhaus-berlin.de

23.05.2023 • Burgau; Kirchplatz • AUSTELLUNG • »74. Jahrestag unseres Grundgesetzes in der Galerie der Erkenntnisse« ab 15 Uhr • Eintritt frei, quo-vadis.unsere-verfassung.de

26.05.2023 • Braunschweig; Kohlmarkt • AUSSTELLUNG • »Galerie des Grauens« von Peter Ganz • 10 bis 18 Uhr • Eintritt frei

02.06.2023 • Berlin; Musikbrauerei, Greifswalder Str. 23 A, 10405 Berlin • KONZERT UND TALK • »4. Solikonzert für Julian Assange« mit Kilez More, Piet Starrett, BasisBandBerlin, Andre Krengel, das Jens Fischer Rodrian Trio & Alexa Rodrina; Talkrunde mit Ulrike Guérot, Gabriele Gysi, Katrin Seibold, Uli Gellermann, Nina Maleika und Captain Future • Einlass ab 18.30 Uhr • Soli-Tickets: 19,50 Euro unter protestnoten.de und an der Abendkasse

03.06.2023 • Berlin; Mauerpark, Amphitheater • FRIEDENSFEST, KONZERT • »Musik ist unsere Waffe« mit Kilez More, Captain Future, Perin Dinekli, Bustek&Lapaz, Basis Band Berlin u.v.m. • ab 14 Uhr • Eintritt frei

03.06.2023 • Cottbus; Bunter Bahnhof, Güterzufuhrstr. 8 • KONZERT • »Der stille Tanz« von und mit Lüül Trio • 20:00 Uhr

09.06.2023 • Bitburg; Stadthalle, Römermauer 4, 54634 Bitburg • KABARETT • »Lügen und andere Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • 19:30 bis 21:30Uhr • Tickets: 33 Euro unter kabarett-musik.de

09.06.2023 • Fürstenwalde • KONZERT • »Solikonzert für Julian Assange« mit Jens Fischer Rodrian • mehr Informationen unter wahnundsinn.com

10.06.2023 • Stäbellow; Markthalle • KONZERT, FLOHMARKT • »Solikonzert für Julian Assange« von Künstlern für die freie Rede mit Jens Fischer Rodrian, Karsten Troyke, Alexa Rodrian, Isi Reicht, Lui Koray, Lüül • 17:00 - 20:00Uhr • Tickets im Vorverkauf bis 07.06.2023 ab 14€ unter menschlich-werte-schaffen.de

01. und 02.07.2023 • Berlin; Hotel Aquino, Hannoversche Str. 5b, 10115 Berlin • PSYCHOLOGIE-SYMPOSIUM • »Aus der Angst in die Selbstermächtigung« mit Bastian Barucker, Katja Wrobel, Katharina von Weiler, Prof. Klaus-Jürgen Bruder u. v. a. • Tickets unter ppt-symposium-selbstermaechtigung.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine Email an veranstaltung@demokratischerwiderstand.de. Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über <https://nichtohneuns.de>

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN



3FyecLmLurGH59q7DQJLCSdInYndGyEyWt

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:

 Berliner Sparkasse

 N26

 Revolut

 Sparisbank

 Skatbank



DAS ZEITUNGSWUNDER 2020 BIS ...?
Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 700.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 25 Millionen in 133 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 122 vom 18. Februar 2023.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:
demokratischerwiderstand.de/abo

14



SPORT MIT BERTHOLD

WELCHE SPORTART IST FÜR KINDER DIE RICHTIGE?

Ich empfehle viele Sportarten, dadurch wird bei den Kindern die Motorik geschult. Für mich stand natürlich der Fußball immer an erster Stelle, aber nebenbei habe ich als Kind und später als Jugendlicher auch viele andere Sportarten ausprobiert, zum Beispiel Skifahren und Rudern.

In der Oberstufe hatte ich Sport als Leistungskurs, da standen für mich – neben dem Fußballtraining – fünf Stunden Schulsport pro Woche auf dem Programm. Da war alles dabei: diverse Mannschaftssportarten, Leichtathletik, Schwimmen. Ich würde immer zuerst eine Teamsportart empfehlen, allein schon weil dabei das Sozialverhalten der Kinder gefördert wird. Wenn Talent, Leidenschaft und Wille für eine Sportart vorhanden sind, spricht nichts dagegen, es im Leistungssport zu versuchen. Man sollte sich aber im Klaren sein: Dieser ist sehr intensiv und verlangt eine Menge ab – auch von den Eltern. Hätte mich meine Mutter einst nicht fünf Mal pro Woche nach Frankfurt zum Training gefahren, wäre ich nie Profifußballer und somit auch nie Weltmeister sowie Deutscher und Italienischer Pokalsieger geworden. Zudem sollte ein Kind aufgrund der Wachstumsphase nicht zu früh mit dem Leistungssport anfangen.

Egal, welchen Weg man geht: Die Schule darf nie darunter leiden. Ich habe in meinem ersten Profijahr, als ich noch nicht volljährig war, im Bus für das Abi gelernt. Das war nicht immer einfach, aber ich wollte auf jeden Fall einen vernünftigen Abschluss machen. Auch ein Ausgleich zum Sport kann nicht schaden. Wenn man beispielsweise ein Musikinstrument erlernt, werden dabei die Synapsen trainiert. Meine beiden Töchter spielen Klavier, sie machen auf mich einen smarten Eindruck. Kann also nicht schaden.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



Marianna Spring: »Es ist wichtig in diese Verschwörungswelten einzutauchen, die voller Hass und Misshandlungen sind« Foto: Bildschirmfoto/Twitter.

Deiner Wohnung von Deinem Regime in Folterhaft gehalten. Also, in diesem Sinne werde ich Dir dann noch mitteilen, in welchem Zeitraum ich nach London komme. Du kannst Dir dann einen Tag aussuchen und wir treffen uns dann, das wäre mein Vorschlag, vor dem Belmarsh-Gefängnis. Du musst mich nicht vom Flughafen abholen. Und bitte, spare Dir die Mühe und die Kosten, jetzt nach Berlin zu kommen. Hier gibt's seit dem Corona-Wahn nichts mehr zu sehen. Die »coole« Szene ist völlig tot. Es gibt nur noch uns und die *Freedom Parade*. »Bomber Harris« hat es wieder getan, könnte man scherzhaft anmerken. Ich liebe den Schwarzen Humor. (Welch' hübscher Kalauer übrigens, dass unsere Nachnamen dieselbe Bedeutung haben: Der Frühling!)

Herzlich achtungsvoll grüßt Dich
sincerely yours, Anselm

🕒 Fortsetzung von Seite 14
BBC, insbesondere zu den Themen Injektionstote, *Big Pharma*, Rüstungsindustrie, englisch-imperiales Engagement in Osteuropa, Propaganda, Einfluss der »Dienste«, weisungsgebundener Journalismus und so weiter und so fort. Zuvor werde ich hier bei der *ARD* schon mal vorfühlen, was man über Dich in Erfahrung bringen könnte. In meinem *Feature* werden ich dann sowohl Olaf Sundermayer (*ARD*) als auch Dich, Marianna Spring, thematisieren.

Keine Sorge, bitte, ich komme sowieso, eine mögliche Absage interessiert mich gar nicht weiter. Ich spreche für meine *DW*-Reportage sowieso mit Deinen Betriebskollegen, Deinem Partner und Deinem Umfeld und benötige O-Töne und Fotos. Gerade in puncto der Covid-Lüge gibt es ja nun wirklich einiges aufzuklären bei der *British Broadcast Corporation*, die die meisten Deutschen nur für ihre brillanten Tierfilme kennen (»Alan! Alan! Steve!«) und nur zum Teil für ihre Verleumdung, unter anderem des deutschen Demokraten Samuel Eckert im Jahr 2021.

Ach so, übrigens: Nein, wir sind nicht *per se* mit dem Russen im Bunde, weder strukturell noch sonstwie. Wir schätzen hier alle sehr, dass Ihr damals, vor mehr als 78 Jahren, Thomas Mann *per BBC* übertragen habt. Aber das ist nun wirklich sehr, sehr lange her und die Verhältnisse sind heute völlig andere. Könntest Du bitte mal unseren Kollegen Julian Assange befreien? – Das sollte Dir tägliches Engagement jeder Art wert sein, finde ich. Er wird ja nur wenige Kilometer von



ZITAT DER WOCHE

Foto: Twitter

»Wegen Muttertag mit dem Diesel auf der A8 (> 100 km/h) zu ungeimpften Eltern ins ungedämmte Haus mit Ölheizung gefahren. Russischen Zupfkuchen gab es. Wir waren uns einig, dass Krieg unsinnig ist und Waffenlieferungen Kriege nicht beenden. Papa schimpfte noch auf Sozis und Grüne. Ok.«

Dr. Friedrich Pürner via Twitter

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST

Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 9783982274591



CHRONIK EINER ABRECHNUNG

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



DIE CORONA-LITANEI


Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebensweise
Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



DAS CORONA-ABC

Von Alarmsismus bis Zensur

Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp / Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0




CORONA. INSZENIERUNG EINER KRISE

Klaus-Jürgen Bruder, Almuth Bruder-Bezzel, Jürgen Günther (Hg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3982274553



WIE KONNTE ES NUR SO WEIT KOMMEN

Gunnar Kaiser (Hg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-3-9



SCHWARZBUCH CORONA

Die Erkenntnisse des Corona-Untersuchungsausschuss

Uli Gellermann, Tamara Ganjalyan (Hg.)
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 4270002239494



DAS KAPITALISMUSTRIBUNAL

Zur Revolution der ökonomischen Rechte

Haus Bartleby (Hg.)
Passagen-Verlag
ISBN: 978-3709202203



MINIMA MORTALIA

Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-0-8



JAHRESRÜCKBLICK DER DEMOKRATIEBEWEGUNG 2020/21

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-2-2



BESITZ NUR FÜR DIE GUTEN

KOLUMNE MEDIEN

von Prof. Michael Meyen

»Enteignet Friedrich!« ruft Steffen Grimberg in der taz und bekommt Schützenhilfe von Michael Hanfeld in der FAZ. Der Verleger Holger Friedrich, der die Berliner Zeitung herausgibt, stört das Einheitsgrau der Leitmedien.

Vorweg: Ich bewerte hier nicht den Anlass der neuen Kampagne. Holger Friedrich hat dem Axel Springer Verlag vor ein paar Wochen mitgeteilt, dass ihm Julian Reichelt Interna aus seiner Zeit als Chefredakteur der Bildzeitung angeboten hat. Das kann man als Verstoß gegen den Quellschutz werten. Wer soll es noch wagen, brisantes Material zu einer Zeitung zu tragen, wenn er Angst haben muss, bei seinen Chefs gemeldet zu werden?

Darum geht es hier aber gar nicht. Holger Friedrich passt nicht in eine Branche, die ihre Claims abgesteckt hat und ganz im Wortsinn mit der Macht zu Abend speist. Friedrich, 1966 in der DDR geboren, ist mit IT-Firmen zum Millionär geworden. Als er im Herbst 2019 die Berliner Zeitung kaufte, wurde sofort zurückgeschossen. Ein Ostdeutscher, noch dazu reich, in einer anderen Welt vernetzt und folglich kaum zu steuern! Schnell gab es eine Stasi-Debatte, die den Blätterwald fast bis zur Entlaubung brachte.

Holger Friedrich hat das ausgehalten. Das muss man erst einmal schaffen: das eigene Leben öffentlich von Leuten sezieren zu lassen, die einem nicht wohlgesonnen sind. Er

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unab abschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen

Art. 146 Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernsthafte Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG
ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert. Auch 2023 wollen wir wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben. Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

Die kommende Ausgabe DW 134 erscheint am Samstag 27. Mai 2023!

SO GEHT ES:

1. Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de

2. Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de
oder

3. Fünf Ausgaben per Postbestellung.

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME	_____
TELEFON + E-MAIL	_____
STRASSE, HAUSNUMMER	_____
POSTLEITZAHL UND ORT	_____

DW-Zeitung
Postfach 35 02 16
10211 Berlin